206. Freitag, den 4. September 1868. 206.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.



Posener Zeitung.

Inserate 1¼ Sgr. für die fünfgespaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnißmäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Deutschland.

Preußen. △ Berlin, 2. September. Die Auszeichnung, welche dem bayerischen Ministerpräsidenten Fürsten Hohenlohe durch die Ordensverleihung von Seiten seines Souveräns zu Theil geworden, ist in hiesigen diplomatischen Kreisen sehr wohl beachtet worden, zumal, da es ein öffentliches Geheimniß war, daß derselbe mit widerstrebenden Elementen schwer zu kämpfen hat und selbst in den höheren Kreisen sich Strömungen zeigen, welche seiner Politik zuwider sind. Hatten doch, wie man hier wußte, die Gerüchte, welche von seiner Beseitigung sprachen, keine geringe Wahrscheinlichkeit für sich. Der jüngste Beweis der Hochschätzung von Seiten seines Monarchen giebt jedoch die Bürgschaft, daß die Thätigkeit des patriotischen Ministers auch fernerhin eine dauernde sein wird und da derselbe einer nationalen Entwickelung der deutschen Frage entschieden zugethan ist, so haben alle Patrioten Grund, sich Glück zu wünschen, daß die Leitung der auswärtigen Politik Bayerns auch in Zukunft in so bewährten Händen ruhen wird.

Schon vorgestern konnte ich Ihnen mittheilen, daß alle Gerüchte, welche über die Neubesetzung der in der Provinz Preußen vakant gewordenen höheren Verwaltungsstellen verbreitet werden, der Begründung entbehren. Auch heute noch steht die Sache eben so und die entsprechende Entscheidung wird auch dadurch noch verzögert werden, daß neuerdings auch die Besetzung anderer wichtiger Stellen, wie die des durch den Tod von Böttichers erledigten Präsidiums der Oberrechnungskammer, zu erfolgen hat. Es steht zu erwarten, daß dieselbe für sämmtliche Posten gleichzeitig erfolgen wird.

— Nach neueren Bestimmungen wird der russische Kaiser erst am 24. September auf der Rückreise nach Petersburg hier eintreffen, weshalb Se. Maj. der König am 20. k. M. die Rückreise von Schloß Glücksburg anzutreten gedenkt. Der König begiebt sich am 7. September nach Dresden, am 10 nach Schwerin und von da nach Schleswig-Holstein, wo demnach ein zehntägiger Aufenthalt genommen wird. Am 28. will Se. Majestät sich nach Baden-Baden begeben, wo am 30. das Geburtsfest Ihrer Maj. der Königin gefeiert wird. Ihre königl. Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin begeben sich nach dem 18. Oktober mit ihren Kindern von Baden-Baden nach England.

— Der „Allgem. Militärztg." zufolge sind für die Norddeutsche Bundesarmee unlängst 2 Verordnungen ergangen, von denen die erste die Vorgesetzten vor Begehung von Thätlichkeiten gegen Untergebene warnt und zugleich bestimmt, daß Offiziere und Unteroffiziere, welche sich zu derartigen Ausschreitungen hinreißen lassen, ohne Ausnahme streng bestraft werden sollen. Die zweite Verordnung schärft allen Vorgesetzten die Pflicht ein, trunkenen Soldaten außer Dienst keinen Anlaß zu Widersetzlichkeiten zu bieten, und giebt zugleich Fingerzeige, wie, unter Aufrechthaltung der nothwendigen Autorität, Verstöße gegen die Subordination vermieden werden können.

— Auf Anordnung des Kriegsministeriums werden im Bereich des stehenden Heeres des Norddeutschen Bundes von jeder Eskadron der gesammten Kavallerie 3 Gemeine, von jeder Fußbatterie bei der Artillerie 2 Kanoniere, vom 1. Oktober d. J ab bis zum 1. April 1869 beurlaubt, und sollen deren Stellen offen belassen bleiben.

— Nach der Beendigung der zur Zeit überall stattfindenden Manövers werden die Reserven alsbald in die Heimath entlassen werden. Die Einberufung der Rekruten zu den Fahnen ist in diesem Jahre um drei Monate hinausgeschoben. Die „Prov.-Korr." glaubt hierin einen vollgiltigen Beweis dafür erkennen zu dürfen, daß die Regierung unseres Königs ein zuversichtliches Vertrauen in Bezug auf die Erhaltung der gegenwärtigen politischen Lage hegt.

— Die heutige „Nordd. Allg. Z." schreibt: Angesichts der mit Hietzinger Gelde bezahlten und, so lange dies Geld reicht, auch fortdauernden Hetzereien eines Theils der französischen Presse und deren chauvinistischer Nachtreter möchten wir unsererseits auf den Mangel jedes kriegerischen Anzeichens in dem Zustande der norddeutschen Armee, namentlich auf den Umstand hinweisen, daß sie, in Uebereinstimmung mit den in Deutschland überall, aber auch in den regierenden und maßgebenden Kreisen herrschenden friedlichen Intentionen, in diesem Jahre nicht einmal den Ersatz zur gewöhnlichen Zeit (im Oktober), sondern drei Monate später, im Januar k. J. einstellen wird. Diese Maßregel, welche neuerdings von dem preußischen Kriegsministerium angeordnet worden ist, mag — wie man sagt — allerdings finanzielle Motive haben. Würde man diese Maßregel aber ergreifen, würde man die Reserven — wie gleichfalls angeordnet — bereits im September, ja theilweise schon im August entlassen und damit die Armee fast auf ein Drittel des Friedensetats reduziren, wenn man mit Kriegs- oder Annexions-Gedanken sich trüge? Wenn französische Blätter („Liberté", „Pays") neuerdings immer und immer wieder auf die Existenz unserer braven und wohlgeübten Armee, als auf eine Drohung für das friedliche Frankreich hinweisen; wenn „Pays" erst vor wenigen Tagen verlangte, Preußen solle mit dem Abrüsten beginnen, dann würde Frankreich an den Frieden glauben und dem Beispiele folgen können; nun wohlan! die Abrüstung, die man verlangt, ist — soweit eine solche bei dem Prinzip unserer Heeresverfassung überhaupt zulässig und ausführbar ist — thatsächlich in der Ausführung begriffen und damit der Beweis geliefert, daß wir nicht über Eroberungsplänen brüten, sondern die Erhaltung des Friedens, dessen wir eben so sehr bedürfen wie die Franzosen, redlich wollen, während wir damit zugleich der Welt sagen, daß wir in der momentanen Schwächung unserer Streitkräfte keine Ursache finden uns Besorgnissen hinzugeben oder gar uns vor einem plötzlichen Ueberfall zu fürchten. Denn Preußens, Norddeutschlands Streitkräfte bestehen aus Preußens, Norddeutschlands gesammtem Volke, mag es sich augenblicklich bei den Fahnen befinden oder nicht, aber unser Volk — und darin liegt eine weitere und die sicherste Friedensgewähr — will den Frieden eben so ehrlich, als die berufenen Leiter seiner Politik.

Dasselbe Blatt enthält nachstehende Berichtigung:

In die hiesigen Zeitungen ist eine Haager Korrespondenz der „Independance belge" übergegangen, wonach die Verhandlungen über eine neue Rheinschifffahrts-Akte deshalb abgebrochen sein sollen, weil Niederland auf den von der preußischen Regierung erhobenen Anspruch, zu dem Bau von Eisenbahnbrücken über die neue Maas, die Merwede und andere niederländische Flüsse, sowie zu allen Arbeiten, welche dazu dienen sollen, das niederländische Ueberschwemmungssystem, welches ausschließlich gegen Preußen gerichtet sei, die vorgängige Genehmigung zu ertheilen, nicht habe eingehen können. Diese Mittheilung ist thatsächlich unrichtig. Preußen hat zunächst bei jenen Verhandlungen keinerlei besondere Ansprüche an die niederländische Regierung erhoben; was von ihr verlangt worden ist, beruhte auf dem unbedingten Einverständniß der sämmtlichen Rheinuferstaaten einschließlich Frankreichs. Es ist ihr aber auch keineswegs angesonnen worden, zur Ausführung von Deichregulirungs-Arbeiten oder von Brückenbauten die Zustimmung der übrigen Ufer-Regierungen einzuholen. Man hat ihr vielmehr in dieser Beziehung vollkommen freie Hand lassen wollen, obwohl nach der Akte von 1831 über den deutschen oder französischen Rhein keine stehende Brücke errichtet werden darf, ohne daß das Bauprojekt vorher der niederländischen Regierung mitgetheilt worden wäre, und es doch nur der Billigkeit entsprochen haben würde, wenn sie den deutschen Staaten und Frankreich das gleiche Recht bezüglich der Brücken über die für die Schifffahrt so wichtigen Ausflüsse des Rheins zugestanden hätte. Dagegen hat man allerdings darauf bestanden, daß niederländischerseits die Verpflichtung übernommen werde, durch derartige Bauten der Schifffahrt keine Hindernisse zu bereiten. Weniger konnten und durften die Rheinufer-Regierungen nicht beanspruchen, wenn sie sich nicht dem gerechten Vorwurfe der Betheiligten aussetzen wollten, ihre Interessen vollständig dem Belieben Niederlands Preis gegeben zu haben. Durch das über den Gang der Verhandlungen aufgenommene, von sämmtlichen Bevollmächtigten unterzeichnete Protokoll ist konstatirt worden, daß das Zustandekommen der Akte lediglich an der Weigerung der niederländischen Regierung zu folgender Festsetzung im Artikel 2:

> „Die niederländische Regierung wird dafür Sorge tragen, daß die Schifffahrt auf den Wasserwegen, welche die Verbindung des Rheines mit dem offenen Meere über Dortrecht, Rotterdam und Helventslugs vermitteln, nicht erschwert werde,"

die Zustimmung zu ertheilen, gescheitert ist, und daß im Uebrigen nicht blos über die Akte und das dazu gehörige Schlußprotokoll, sondern auch über eine neue Schifffahrts-Polizei- und Floßordnung und eine Verordnung, betreffend den Transport entzündlicher, ätzender und giftiger Stoffe auf dem Rheine allseitiges Einverständniß vorhanden war.

Wir wollen abwarten, ob der Korrespondent der „Indépendance" diese Darlegung des Hergangs bei den fraglichen Verhandlungen zu widerlegen im Stande sein wird.

— Der General der Infanterie und Chef des Generalstabes der Armee Frhr. v. Moltke ist mit den sämmtlichen Offizieren des großen Generalstabes von der Generalstabsübungsreise hierher zurückgekehrt.

— Ein Wiener Blatt meldet: Preußen habe die Absicht, nach Art der kürzlich mit Mecklenburg getroffenen Vereinbarungen mit dem Königreich Sachsen eine Militär-Konvention abzuschließen. Sicherem Vernehmen nach ist in den hiesigen politischen Kreisen von einem solchen Vorhaben nicht das Mindeste bekannt.

— Mit Rücksicht auf die künftig durch Preußen zu geschehende Gestellung des Bedarfs an Ausrüstungs- und Munitionsmaterial für alle Norddeutschen Bundeskontingente, wird auch eine Erweiterung der militär-technischen Institute, durch Vermehrung der Pulverfabriken, Vergrößerung des Feuerwerkslaboratoriums, sowie der Gewehrfabriken u. s. w. in Aussicht gestellt.

— Den Bestimmungen der neuen Verordnung über die Dienstverhältnisse der Offiziere des Beurlaubtenstandes gemäß sind neuerdings die bisherigen Offiziere des zweiten Aufgebots der Landwehr, insoweit dieselben den Verbleib in ihrem bisherigen Dienstverhältniß gewünscht und sich dafür noch als tüchtig ausgewiesen haben, den neuen Landwehr-Offizierkorps überwiesen, oder entgegengesetzten Falls zur Entlassung eingegeben worden. Dasselbe hat in Betreff der Ueberweisung der Reserve-Offiziere zu ihren künftigen Linien-Offizierkorps stattgefunden. Desgleichen sind die bisherigen Führer der Bataillone des zweiten Landwehr-Aufgebots von diesen ihren Stellungen entbunden worden. Wahrscheinlich dürfte die lange Verzögerung des Erscheinens der diesjährigen Rang- und Quartierliste mit dieser noch nicht ganz abgeschlossenen Veränderung in Verbindung gebracht werden

— Die Staatsbehörden sind der „Prov. Korr." zufolge zur Zeit mit den Vorbereitungen für die Berathungen der Provinzial- und Kommunal-Landtage, sowie für die kommende Landtagssession lebhaft beschäftigt. Nachdem in den neuen Landestheilen die Bildung der Kreisstände auf Grund der neu errichteten Kreisordnungen fast durchweg beendigt ist, finden gegenwärtig, insoweit es nicht bereits geschehen, die Wahlen für die Provinzial- oder Kommunal-Landtage seitens der Kommunen und Kreisstände statt. Die Berufung der ständischen Versammlungen wird demnächst zu Anfang Oktober stattfinden können. Was den Landtag der Monarchie betrifft, so wird die Berufung desselben nach dem Schlusse der provinziellen Ständeversammlungen so früh als möglich (nach jetziger Voraussicht in den ersten Tagen des November) erfolgen, damit der Staatshaushalt für 1869 rechtzeitig festgestellt werden könne. Die Vorarbeiten für die betreffenden Vorlagen sind in den einzelnen Ministerien so weit gefördert, daß demnächst die gemeinsamen Berathungen des Staatsministeriums über dieselben werden beginnen können.

— Wie verlautet, wird im Justiz-Ministerium ein Gesetz-Entwurf zur anderweiten Regulirung des Expropriations-Verfahrens vorbereitet, um die verschiedenen auf diesem Gebiete bisher hervorgetretenen Zweifel und Inkonvenienzen auszugleichen. Ebenso soll im Justiz-Ministerium gegenwärtig über eine anderweite Regulirung des Subhastations- und Kaufgelder-Belegungs-Verfahrens berathen werden.

— Mit den beendigten Ferien der preußischen Gerichte hat am 31 v. M. auch die sechswöchentliche Erholungsfrist ein Ende gefunden, welche den überaus angestrengten Mitgliedern der Kommission zur Berathung einer allgemeinen deutschen Civilprozeßordnung seit dem 11. Juli gegönnt war. In der heutigen 86. Sitzung hat die Kommission die Berathung des speciellen Theiles des Entwurfes begonnen. Man hofft, einen Theil der Gesammtaufgabe der Kommission bis Ostern k. J. so weit erledigen zu können, um damit an die Oeffentlichkeit zu treten. Bekanntlich besteht die Absicht, die gesammten Resultate der Kommission, bevor sie die weiteren legislativen Stadien durchlaufen, der freien wissenschaftlichen Kritik zu unterbreiten. Angesichts des Umfanges, den die Berathungen der Kommission gewonnen haben, und der weiteren Arbeiten, mit denen dieselbe, wie schon avisirt ist, betraut werden soll, haben einzelne von außen herberufene Mitglieder derselben ihren Wohnsitz nach Berlin verlegt.

— △ Nach meiner gestrigen Mittheilung steht es fest, daß nach einer Zusammenstellung des Centralbureaus des Zollvereins das Ausland der Industrie des Vereinslandes sehr bedarf. Dies günstige Resultat wird noch erhöht, wenn man, gleichfalls aus einer vom Centralbureau veranstalteten Uebersicht, erfährt, daß das Vereinsland in nur sehr geringem Maße die Industrie des Auslandes in Anspruch nimmt. Diese weitere Uebersicht betrifft nämlich die Zugeständnisse, welche im vorigen Jahre bei Zurückführung solcher Gegenstände gemacht wurden, die im Auslande verarbeitet oder vervollkommnet worden sind. Es giebt dieselbe das Zeugniß, daß im Zollverein die größere und große Industrie in ausreichender Weise vertreten ist und das Ausland für ganze Fabrikationszweige nicht in Anspruch genommen zu werden brauchte. Es sind nur geringe Quantitäten von Waaren zur Bearbeitung oder Vervollkommnung ins Ausland gesendet worden, und zwar fast ausschließlich aus den Grenzbezirken, wo die Herstellung gewisser Arbeiten im Auslande billiger und bequemer zu bewirken war. In Preußen wurden aus den Provinzen Sachsen, Posen und Westfalen Bestellungen im Auslande gar nicht gemacht, aus Preußen und Hessen nur eine, aus Pommern nur 3, aus der Rheinprovinz nur 9, aus Brandenburg nur 12, aus Schlesien dagegen eine größere Zahl und hier vorzugsweise aus den Grenzdistrikten. Umfangreicher waren die Bestellungen im Auslande aus den übrigen Zollvereinsstaaten. Baiern allein hatte viel mehr und größere, Sachsen mindestens eben so viele und Baden beinahe so viele als Preußen, Würtemberg, Hessen, Thüringen, Braunschweig und Oldenburg, weil sie im Innern des Zollvereins liegen, gar keine gemacht.

— Die „Hessische Morgenzeitung" meldet aus Kassel:

Stadtrath und Bürgerausschuß waren bei dem Entwurf des Statuts für die neu zu gründende Realschule erster Ordnung davon ausgegangen, daß bei Besetzung der Lehrer- und sonstigen Beamtenstellen der Unterschied der Religion und Konfession nicht, sondern nur die Tüchtigkeit und Würdigkeit in Betracht komme. Demgemäß wurde das Statut entworfen. Hierdurch sollte „der im Wesentlichen evangelische Charakter der neuen Schulanstalt", wie an betreffender Stelle ausdrücklich hervorgehoben war, nicht beeinträchtigt werden. Der Herr Kultusminister findet nun aber beide Bestimmungen nicht mit einander verträglich, die eine oder andere unklar, weist darauf hin, daß in den alten Provinzen entweder evangelische oder katholische oder Simultanschulen existirten, daß es ein Viertes nicht gebe, daß hiernach zunächst der regelmäßige Charakter der Anstalt festzustellen und dann erst über etwaige Ausnahmen zu verhandeln sei. Bevor daher in dieser Beziehung der Statutenentwurf nicht geändert werde, könne derselbe die erbetene Bestätigung nicht finden.

So hätten wir denn zu dem — bei allem Respekt vor 1866 und seinen Folgen sei es gesagt — mancherlei politischen und sonstigen, überwundenen und noch nicht überwundenen Ungemach schließlich noch den Kampf, ob konfessionelle oder konfessionslose Schule, auch hier überkommen. Wohlan! Die Bürger Kassels sind bereit, denselben männlich aufzunehmen, und der Bürgerausschuß hat gestern würdigen Anfang gemacht. Seit Hassenpflugs und seiner nächsten Freunde unbetrauertem Hingang hielt man derartige Streitfragen bei uns wohl für alle Seiten überwunden.

Es ist nicht in Abrede zu stellen, der hier von den städtischen Behörden ebenso wie in Betreff der Nichtbestätigung des Direktors Dr. Kreyssig aufgenommene Kampf kann vielleicht Jahre lang die Eröffnung der in Rede stehenden Schule hinausschieben, und nicht unwichtige Interessen werden durch diese Verzögerung vorübergehend hart getroffen. Aber viel größer sind und viel weiter, ja bis zu den höchsten Lebens- und Entwickelungsfragen der Nation reichen die Schäden, welche der unangefochtene Sieg das in Sachen des Unterrichts noch immer herrschende System und dessen Befestigung auch in den neuen Provinzen, für unsere Stadt und unsere Provinz, für Preußen, für Deutschland zur Folge haben würde. Wem der endliche Sieg wird, daran zweifeln wir keinen Augenblick.

— Man fragt allgemein, was in aller Welt will der Prinz Napoleon in Hamburg, Lübeck und an der Wesermündung? Er irrlichterlirt in ganz Europa umher, aber sein plötzliches Erscheinen an der Nordsee ist vielleicht seine auffallendste Exkursion. Als einfacher Tourist, der sich amüsiren will, ist er kaum noch anzusehen, er könnte also wie neulich die an der Rheingrenze angehaltenen französischen Offiziere irgend einen Auftrag haben. Ist dies nicht der Fall, so ist Graf v. Meudon ein Abenteurer sonder Gleichen. Zu dieser Annahme will man sich hier nicht ohne weiteres verstehen und behält daher die scheinbar planlosen Exkursionen nach aller Herren Länder etwas aufmerksamer wie bisher im Auge. Vielleicht hatte er Meldungen an das französische Kriegsschiff abzugeben, das sich dieser Tage bei Norderney mit Vermessungen beschäftigte, aber bald wieder absegelte, als es wahrnahm, daß es beobachtet wurde. Man muß auf derlei Zwischenfälle verweisen, zumal ihre letzten Zwecke sich nicht durchschauen lassen. Da ist es immer gut, wenn eine möglichst scharfe Kontrole eintritt. Trotz alle dem will in unterrichteten Kreisen niemand zugeben, daß wir einer Krisis entgegen gehen, welche den Frieden Europas gefährden könnte. Die Situa- wird einiger dawidersprechender Momente ungeachtet als durchaus friedlich angesehen, und selbst die von Frankreich erstrebte Einigung mit Belgien und Holland erregt vorerst keinerlei Besorgniß, weil sich niemand recht vorstellen kann, das eine oder das andere Land werde von Frankreich sich ködern lassen. Die Absicht Frankreichs, auf diese Weise Deutschland und speciell Preußen zu bedrohen, ist unverkennbar, es fragt sich, wie gesagt nur, ob Belgien und die Niederlande sich willig zeigen werden. Frankreich hat von seinen politischen Wünschen, die es in letzter Zeit gehegt, nur den allerkleinsten Theil zu realisiren vermocht Der Träger der Krone Frankreichs ist nicht der Mann, mit dem die übrigen Dynastien gern Bündnißverträge abschließen. Es garantirt nichts, als die schon gebrochene Kraft Napoleons die Dauer eines Bündnisses, und diese Garantie ist recht werthlos.

— Die „Th. Ztg." schreibt: Eine preußische Gesellschaft hat zum Weiterbau der Ostpreußischen Südbahn von der preußischen Grenze bis Bialystock von der russischen Regierung die Konzession erhalten, und es steht also in naher Aussicht, daß die Südbahn sich an die Petersburg-Warschauer Bahn anschließt und somit eine weit größere Bedeutung erhält.

Breslau, 2. August. Kürzlich wurde von der II. Deputation des hiesigen Stadtgerichts ein Fall verhandelt, welcher für alle gegenseitigen Versicherungs-Gesellschaften vom größten Interesse ist. Vor etwa vier Monaten wurde an den Direktor der schlesischen Viehversicherungs-Gesellschaft Seitens des Breslauer Magistrats die Anfrage gestellt, ob er für die von ihm vertretene Gesellschaft eine Gewerbesteuer entrichte, und als er dies mit dem Bemerken verneinte, daß gegenseitige Versicherungs-Gesellschaften in Preußen nirgends zur Gewerbesteuer herangezogen seien, eröffnete man gegen ihn eine Untersuchung wegen Gewerbesteuer-Kontravention. Die Regierung zu Breslau erließ unterm 10. April ein Strafresolut, vermöge dessen der Direktor nachträglich eine Steuer von 240 Thlr. zahlen sollte und außerdem zu

einer Geldstrafe von 100 Thlr., sowie zur Tragung der Kosten verurtheilt wurde. Der Angeklagte führte seine Vertheidigung selbst, in Folge deren der Staatsanwalt den Antrag stellte, daß das Resolut der Regierung keine Gültigkeit haben solle, indem er es als erwiesen annahm, daß die qu Gesellschaft dem Gewerbesteuergesetz nicht unterliege. Der Gerichtshof erkannte nach längerer Berathung auf Freisprechung unter Niederschlagung der Kosten und zwar aus den in der Vertheidigung entwickelten Gründen.

Danzig, 31. August. [Zur Eisenbahn.] Am 24. v. M. wurde auf die Interpellation eines Mitgliedes der Stadtverordneten-Versammlung: ob dem Magistrat über die Ursachen der bisherigen Verzögerung und über den voraussichtlichen Bau der Danzig-Kösliner Eisenbahn Mittheilungen zugegangen seien, seitens des Herrn Magistrats-Kommissarius erwidert, daß der Magistrat den Herrn Handelsminister um Intervention in dieser Sache ersucht habe. Die Antwort auf dieses Gesuch ist hier eingetroffen und es ist darin mitgetheilt, daß der Handelsminister der Berlin-Stettiner Eisenbahn-Gesellschaft empfohlen hat, vorläufig den Bau der Bahn in kürzester Zeit auf der Strecke nach Stolp in Angriff zu nehmen, die außerhalb des Bereiches der Danziger Fortifikationslinie liegt und nicht erst die noch schwebenden Verhandlungen mit letzterer abzuwarten. Als Hauptursache, weshalb der Beginn der Erdarbeiten auf der Strecke Stolp-Danzig noch nicht erfolgt ist, wird der „Danz. Ztg." mitgetheilt, wie hinter Stolp so große Terrainschwierigkeiten für die Hochbauten zu überwinden sind, daß die Erdarbeiten immer noch frühzeitig genug vollendet werden können, wenn sie auch erst etwas später ausgeführt werden.

Frankfurt, 31. August. In Folge der mit dem Ober-Regierungsrath v. Prittwitz wegen der hiesigen Konsistorialverhältnisse gepflogenen Verhandlungen hat das Presbyterium der deutschen evangelisch-reformirten Gemeinde das sogenannte „große Presbyterium" einberufen und demselben die von Herrn v. Prittwitz gestellten Anträge und Wünsche der königl. Regierung zur Berathung und Beschlußfassung unterbreitet. In Folge dieser Berathung hat man am 24. d. Mts. ein Antwortschreiben auf die gemachten Vorstellungen erlassen, dessen entscheidende Stelle lautet: „Das große Presbyterium verkennt keineswegs die wohlwollende Absicht der königl. Regierung, die kirchlichen Verhältnisse der hiesigen evangelischen Gemeinden in zweckentsprechender und befriedigender Weise geordnet zu sehen, hält sich aber verpflichtet, seinerseits zu erklären, es sei nicht nur der Wunsch der deutschen evangelisch-lutherischen Gemeinde, sondern sie betrachte es auch als ihr wohlerworbenes Recht, nur einem reformirten Konsistorium in Frankfurt a. M. zu unterstehen, das mit den Befugnissen eines kgl. Konsistoriums ausgestattet sei, und auf dessen Zusammensetzung der Gemeinde derselbe Einfluß eingeräumt werde, wie dies bei dem bisherigen Konsistorium der Fall gewesen."

Kiel, 2. September. Laut eingegangenen Nachrichten befand sich Sr. Majestät Brigg „Musquito" am 1. d. M. in Christiansand.

Münster, 30. August. Den „K. Bl." schreibt man von hier: Das Kriegsministerium hat die erhebliche Summe von 60,000 Thlr. zur Erbauung eines Militär-Kasinos, welches demnächst eine Zierde unseres „Neuen Platzes" sein wird, disponibel gestellt. Unsere Gerichtsbehörden sind hinsichtlich der Erfüllung ihrer Wünsche und Anträge dagegen nicht so glücklich; denn seit Jahren gehen diese Vorschläge vergeblich auf Herstellung eines neuen Arrestlokals. Ein wie brennendes Bedürfniß dieses ist, geht daraus hervor, daß es in mehreren Fällen selbst an ausreichenden Lokalitäten für die Vornahme von Obduktionen gefehlt hat.

Hamburg, 1. September. Der Prinz Napoleon besichtigte am Sonnabend und Sonntag in Begleitung des Legations-Sekretärs bei der französischen Gesandtschaft hierselbst, Léon Borely de la Touche, den Hafen, den zoologischen Garten, die Uhlenhorst und andere Sehenswürdigkeiten der Stadt, so wie auch Altona. Gestern machte der Prinz einen Ausflug nach Lübeck, von dem er Abends hierher zurückkehrte. Heute Nachmittag 3 Uhr ist er auf seiner Yacht abgereist.

Hamburg, 2. September. Prinz Napoleon hat gestern Nachmittag 3½ Uhr den hiesigen Hafen verlassen, wie die „Hamburger Nachrichten" wissen wollen, ist Dünkirchen das nächste Reiseziel des Prinzen. — Der Minister Graf Eulenburg ist gestern Morgen in Altona eingetroffen und hat sich heute nach Glücksburg zur Inspektion der dortigen Strafanstalt begeben.

Großbritannien und Irland.

London, 31. Aug. Die „Times" muß wohl Gründe haben, um anzunehmen, daß der Kaiser Napoleon seinen Plan, Holland und Belgien in ein engeres Verhältniß mit Frankreich hineinzuziehen, noch keineswegs aufgegeben hat; denn sie richtet heute einen Leitartikel in ungewöhnlich rückhaltsloser Sprache gegen die Ausführung eines solchen Gedankens und ruft die öffentliche Meinung an, durch eine unzweideutige Erklärung das Zutrauen wieder herzustellen. Die Stimmen, die sich wegen Luxemburgs erhoben, seien laut und stark genug gewesen, um die Urheber des unwürdigen Handels zurückzuschrecken. „Dieselben ruhelosen Ränkeschmiede müssen wissen, daß in diesen Tagen des tiefen Friedens über Belgien nicht verfügt werden kann, ohne daß der Unwille sich in viel gewaltigerer und wirksamerer Weise Luft machte. Es kommt wenig darauf an, was Käufer und Verkäufer wünschen oder hoffen mögen; sie werden ihre Plane nicht zur Reife bringen können, einfach, weil sie es nicht wagen dürfen."

London, 2. September. Aus Newyork vom 22. August wird pr. Dampfer gemeldet, daß die Legislatur von Georgia die Bill verworfen habe, welche die auf Fabriken eingetragenen Gelder ausländischer Kapitalisten von jeder Steuer befreien sollte. Die Indianer von Kansas haben ihre Feindseligkeiten erneuert.

— Aus Newyork wird vom 1. d. M. pr. atlant. Kabel gemeldet, daß im Staate Vermont die republikanische Partei bei den Wahlen mit 27,000 Stimmen (7000 Stimmen mehr als bei den letzten Wahlen) gesiegt hat.

Frankreich.

Paris, 31. August. Der „Gaulois" bringt über den Zweck der Reise des Grafen Girgenti nach Fontainebleau folgende Aufschlüsse: Die Hauptfrage, über welche während der Anwesenheit des Grafen in Fontainebleau verhandelt werden soll, ist die Betreffs eines Schutz- und Trutzbündnisses. Eben dieses Vertrages wegen hatte die Königin Isabella von dem Kaiser eine Zusammenkunft erbeten. Wenn unsere Informationen, die aus sehr guter Quelle stammen, begründet sind, so handelt es sich um Folgendes: Die Grundlagen einer geheimen Konvention sind zwischen Frankreich und Spanien aufgestellt worden. Nach derselben verpflichtet sich die letztere Macht, falls der Krieg zwischen irgend einem europäischen Staate und Frankreich ausbrechen sollte, 40,000 Mann Soldaten und einen Theil ihrer Flotte nach den päpstlichen Staaten zu senden. Seines Theils soll sich dann Frankreich verpflichten, Spanien, und dieses selbst vermittels einer bewaffneten Intervention, seine Unterstützung zu gewähren, wenn die gegenwärtige Dynastie angegriffen werden sollte. Hier beginnen nun die Schwierigkeiten. Der Kaiser will und kann sich auch nur verpflichten, Spanien gegen äußere Angriffe seinen Schutz zu gewähren. Spanien geht jedoch nur auf die Unterhandlungen ein, um vom Kaiser eine ausreichende Unterstützung gegen die inneren Feinde seiner jetzigen Dynastie zu erhalten. Dieses ist der Hauptpunkt, über den in Fontainebleau zwischen dem Kaiser, dem Grafen v. Girgenti, Hrn. Rouher, dem Marquis de Moustier und Herrn Mon diskutirt werden soll. Man versichert noch, daß der Graf v. Girgenti beim Kaiser mit einer vertraulichen Mission Seitens seines Bruders Franz II betraut ist. So weit der „Gaulois". Andererseits heißt es, daß die Kaiserin für den Vertrag mit Spanien sei.

Paris, 1. Sept. Gelegentlich eines Bankets, welches am 26. v. M. in der Dordogne stattfand, brachte der Finanzminister Magne einen Toast auf den Frieden aus und sagte, der Friede werde dauernd sein, denn Europa bedürfe desselben; der Kaiser wünsche ihn und Frankreich sei stark genug, ihn aufrecht zu erhalten, ohne daß es der Schwäche angeklagt werden könne, denn Niemand habe ein Interesse daran, den Frieden zu stören.

Paris, 2. Sept. Der „Moniteur" meldet, daß die Kommission, welche behufs Entschädigung der Inhaber der mexikanischen Anleihe zusammengetreten ist, ihre Arbeiten beendigt hat, und zwar ist festgesetzt, daß die zu Entschädigenden schon jetzt à conto 30 Prozent des Kapitals erhalten, welches zu ihren Gunsten liquide ist.

Der Kaiser hat heute in den Tuilerien einem Ministerrathe präsidirt und wird sich morgen nach Chalons begeben.

„Patrie" erklärt die Gerüchte über bevorstehende Veränderungen im Ministerium als durchaus unbegründet.

— Die Skandalduelle nehmen mit jedem Tage zu, und die sonst so geschäftige und rücksichtslose Polizei schläft regelmäßig mit offenen Augen ein, wenn eine Angelegenheit im Werke ist, wie die zwischen dem neudekorirten halboffiziellen Journalisten Paul de Cassagnac und dem Herausgeber des „Avenir" in Auch, Lissagaray. Beide haben sich bekanntlich mit der gedruckten Androhung geschlagen, um sich kalt zu machen. Die Sprache der Artikel, in Folge deren die Forderung geschah, ist auf beiden Seiten so roh, daß zwischen dem Bonapartisten und dem Republikaner die Wahl schwer wird und bei letzterem nur mildernd ins Gewicht fällt, daß er auf das allerroheste beleidigt ward. Hier nur einige Pröbchen von der Sprache des neuen Ritters der Ehrenlegion gegen einen politischen Gegner, mit er freilich blutsverwandt und deshalb wohl besonders erbittert ist. Lissagaray hat ein Blatt in Auch gegründet und gegen den Regierungs-Kandidaten geschrieben; Cassagnac wirft ihm vor, er schreie blos: „Vive la liberté!" um einem zu gutmüthigen Geldverleiher einige Thaler abzuschwindeln und fügt hinzu: „Herr Lissagaray irrt seit zwei Jahren von Tasche zu Tasche, von Freund zu Freund und ersucht um ein bischen Tabak zum Rauchen und einige Sous zum Trinken. Wenn ihn Jemand fragte, wovon er während dieser Zeit gelebt habe, was würde er antworten? Denn die unseligen Prinzipien von 89 unterstützen zwar, aber sie ernähren nicht. Nun gut, dieser arme Teufel, der sein väterliches Erbe verthan und Hunger schwitzt, tritt in der guten Stadt Auch als Schiedsrichter der politischen Geschicke Frankreichs auf. Man muß die Republik gesehen haben, um solche Farcen zu glauben!" Nun folgt eine Beschimpfung aller demokratischen Schriftsteller, die als feiges Gesindel behandelt werden. Der „Avenir" von Auch antwortet auf diese Insulten des „Pays" mit einer Biographie der Granier'schen Familie, Vater und Söhne, welche so anhebt: „Ein Mensch schlägt seine Höhle in dieser Gegend auf. Arm geboren und von der Sucht nach einer Kutsche verzehrt, fängt er damit an, daß er hintenauf steigt. Seiner Schamlosigkeit und Frechheit wegen gesucht, ein Desaveu gerade so wie eine Subvention einsteckend. Injurien wie geheime Fonds, bald der Vidocq von Guizot, bald der von Thiers, nachdem er 1841 Hohn, Verachtung und Schimpf über die Person, den Charakter und den Geist des Prinzen Louis Bonaparte ausgegossen, den er später als einen Helden des Titus Livius herausstrich, bot er sich, von Hunger und Schulden geplagt, im Dezember an und wies mit dem Finger auf die Proskribirten im Gers-Departement. Das war sein Staatsstreich. Seitdem herrscht er über seinen früheren Gebieter, ernennt, setzt ab und schwört, daß sich vor ihm Alles beugen müsse vom Präfekten bis zum kleinsten Beamten. Er hat zwei Söhne" .. Und nun folgt die Biographie derselben in derselben rohen Weise, wie von Cassagnac'scher Seite über den Vetter Lissagaray geschrieben wurde. Das sind die Leute, die gegen Deuschland wüthen und sich rühmen, die Rheinländer in 24 Stunden zu echten Franzosen machen zu können.

Ueber den Verlauf des Duells erfährt man: Paul de Cassagnac kam mit heiler Haut davon und versetzte Lissagaray, den er zuerst am Kopfe verwundete, einen Stich in die Brust, welcher ihn kampfunfähig machte. Der Kampf hatte ca. 20 Minuten gedauert, als Lissagaray den Stich in die Brust erhielt. Er setzte aber den Kampf noch eine Minute lang fort und fiel dann ohnmächtig zu Boden. Das Fleuret war zehn Centimeter tief in die Brust gedrungen, ohne daß jedoch, wie es bei dieser Waffe immer ist, die Wunde blutete. Als Lissagaray zu sich kam, wollte er den Kampf fortsetzen. Die Sekundanten litten es aber nicht. Da das Duell nicht in Kehl, wie man anfänglich behauptet, sondern in der Nähe von Vesinet bei Paris stattfand, so brachte man Lissagaray nach seinem Hotel. Die Wunde ist gefährlich, aber man glaubt doch, daß sein Leben nicht bedroht ist. Das große Publikum nimmt heftig Partei gegen Paul de Cassagnac.

Italien.

Florenz, 31. August. Der König soll bei einem seiner letzten Jagdausflüge einer ziemlich großen Gefahr ausgesetzt gewesen sein; er wollte den Fuß auf ein loses Felsstück setzen, als ein Hirt, welcher zufällig in der Nähe war, ihn schnell zurückriß. Der König soll sich erst nach einiger Zeit von seinem Schrecken erholt und darauf seinem Lebensretter gedankt und ihm eine Rente aus seiner Chatoulle zugesichert haben. — General Garibaldi hat auf telegraphischem Wege seine Entlassung als Deputirter eingereicht; es hat dieser Schritt, wie man glaubt, keine andere Bedeutung, als daß der General seines kränklichen Zustandes wegen es für angezeigt hält, fortan in der vollkommensten Zurückgezogenheit zu leben.

— Die vom Telegraphen gemeldete überraschende Nachricht von der Auflösung des italienischen Parlaments hat bis jetzt noch nirgend eine Bestätigung erhalten; wahrscheinlich wird es sich lediglich um die Vertagung, nicht aber um die Auflösung der Kammern gehandelt haben.

Rußland und Polen.

!! Petersburg, 29. August. In Folge der eingetretenen kühleren Witterung — (in der Nacht vom 26. zum 27. stand das Thermometer auf 5 +) — haben sich Ruhr und Fieber unter den Soldaten im Lager eingestellt; die Leute erhalten Zulage an Fleisch und Branntwein; ebenso sind gestern große Transporte wollener Decken ins Lager abgegangen. Der Kaiser soll erst in den letzten Tagen September eintreffen. Die Nachricht von diesem späteren Eintreffen des Landesherrn überraschte hier, weil man ihn schon am 11.—12. September zurückerwartete. Den 15. (27.) sollen die Truppen schon wieder in die Garnisonen marschiren und wird wahrscheinlich nur eine Parade vorm Kaiser stattfinden und nach dieser sofort der Abzug der Truppen aus dem Lager erfolgen. Ein Franzose, Louis Ferrand, welcher seit zehn Monaten ein sehr elegantes Quartier am Newski-Prospekt bewohnte, ein Haus machte und für die Notabilitäten der hiesigen Publizisten einen offenen Salon hielt, wurde am 20. d. M. auf die Polizei beschieden, erhielt einen Zwangspaß über die Grenze und reiste am selben Tage ab; seine Zimmer sind gegenwärtig noch versiegelt. Von seinen Sachen durfte er nur in Gegenwart eines Polizeioffiziers die nöthigsten Kleider und Wäsche mitnehmen, alles Uebrige wurde unter Siegel gelegt.

Türkei.

Konstantinopel, 1. September. Wie gerüchtweise verlautet, hätten die Bulgaren eine Adresse an die russische Regierung gerichtet. — Zwei Söhne des Vicekönigs von Egypten sind in Begleitung des egyptischen Finanzministers hier eingetroffen.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 3. September. Wie wir unseren Lesern bereis in Nr. 191 unserer Zeitung vom 18. v. Mts. mitgetheilt haben, cirkulirt gegenwärtig in Westpreußen eine Petition an den Landtag, in welcher die Errichtung eines katholischen Gymnasiums für die Kreise Strasburg nnd Löbau, ferner die Einführung der polnischen Sprache als Unterrichtssprache in denjenigen Schulen, die überwiegend von polnischen Kindern besucht werden, und daß wenigstens am Gymnasium in Kulm (bis Tertia einschließlich) die polnische neben der deutschen als Unterrichtssprache gebraucht wird, gefordert werden. Nachstehend der Wortlaut dieser Petition.

Die unterzeichneten Bewohner Westpreußens tragen bei dem Hohen Hause der Abgeordneten ergebenst an, die Staatsregierung zu veranlassen:

1) daß ein katholisches Gymnasium für die Kreise Strasburg und Löbau gegründet werde;
2) daß die bisherigen, die Germanisation zu Richtschnur setzenden Vorschriften, zum Wenigsten dahin geändert werden:
   a. daß in den Elementarschulen überhaupt, namentlich aber in den Dorf-Elementarschulen bei der polnischen Schuljugend die polnische Sprache als Lehrmittel hauptsächlich angewandt und zu diesem Zwecke in den Schullehrer-Seminarien auf die Kenntniß der polnischen Sprache hingewirkt werde;
   b. daß in den höheren Schulen, wo polnische Jugend zahlreich frequentirt, in den unteren Klassen neben den deutschen polnische Parallelklassen eingeführt werden; und zwar in den katholischen Gymnasien bis zur Tertia incl., in den Real- und Stadtschulen aber jenachdem durch die Zahl der polnischen Schüler sich ausweisenden Bedürfniß.

Motive.

Ad petitum 1.: Es ist Thatsache, daß in der Provinz Westpreußen die polnische Nationalität mit der katholischen Religion sich identificirt. Die Ausnahmen sind unerheblich. Nach der neuesten amtlichen Zusammenstellung sind in Westpreußen: im Danziger Regierungsbezirk: 242,535 evangelische, 230,123 katholische Einwohner; im Marienwerder Regierungsbezirk: 359,213 evangelische, 359,945 katholische Einwohner.

In den Kreisen Strasburg und Löbau, auf die es hauptsächlich bei diesem Petitum ankommt, sind: 27,251 evangelische und 75,702 katholische Einwohner.

Nach der Nationalität sind in den beiden genannten Kreisen: 29,372 deutsche (mit Einschluß der Juden), 69,020 polnische Einwohner, wodurch auch die oben behauptete Thatsache der Identificirung der katholischen Religion mit der polnischen Nationalität erwiesen ist. In der ganzen Provinz Westpreußen sind sechs evangelische Gymnasien (Danzig, Elbing, Marienburg, Marienwerder, Graudenz, Thorn), und vier katholische (Neustadt, Konitz, D.-Krone, Kulm). Hierzu kommen fünf Realschulen, welche ausschließlich evangelisch sind.

Die beiden großen Kreise Löbau und Strasburg haben weder ein Gymnasium noch eine Realschule. Die Entfernung von dem äußersten Ende dieser Kreise bis zum nächsten katholischen Gymnasium Westpreußens in Kulm ist ca. 20 Meilen.

Aus dem Bedürfniß einer höheren Schule resp. eines Gymnasiums in diesen Kreisen ist seit einigen Jahren ein Privatbildungsinstitut zu Kauernik, unter der Leitung des katholischen Pfarrers Hunt, entstanden, welches stets über 100 Schüler zählt, mit der bittersten Noth zu kämpfen hat und dennoch existirt, durch seine Existenz aber einen eklatanten Beweis liefert, in welch hohem Grade diese Landesstrecken von der Staatsregierung in Hinsicht einer höheren Schule vernachlässigt sind.

Hiermit ist das Bedürfniß eines katholischen Gymnasiums für die Kreise Strasburg und Löbau sowohl durch das konfessionelle Gesammtverhältniß der Bevölkerung und der Gymnasien in Westpreußen als auch durch das numerische Verhältniß der katholischen Einwohner zu den evangelischen in den Kreisen Strasburg und Löbau erwiesen, schließlich aber auch durch das zu Kauernik existirende Privatbildungsinstitut, welches das Bedürfniß einer höheren Staatsschule in dieser Gegend elendlich ausfüllt.

Ad petitum 2 a.: Das numerische Verhältniß der Einwohner Westpreußens in konfessioneller und nationaler Hinsicht, giebt einen Anhaltspunkt für dieses Verhältniß der Jugend in der Schule. Es ist natürlich, daß die polnischen Kinder, mit geringer Ausnahme, keine Kenntniß der deutschen Sprache vom väterlichen Herde in die Schule mitbringen. In den Dorf-Elementarschulen ist dieses durchweg der Fall, in den Gymnasien aber und in den Stadtschulen zum größten Theil. Die hier einschlagenden Schulverordnungen aber stehen mit diesem Umstand in direktem Widerspruch und benehmen den Schulen den Charakter eines Bildungsinstituts, indem sie dieselben, mit Hintansetzung aller pädagogischen Rücksichten, zu deutschen Sprachinstituten umstempeln.

Die Verordnung der königlichen Regierung zu Marienwerder vom 1. Dezember 1864 nimmt an, daß in jeder Elementarschule drei Abtheilungen existiren müßten und bestimmt demgemäß wörtlich:

„Zunächst bemerken wir, daß die polnische Sprache als Unterrichtsmittel und Unterrichtsgegenstand nur auf der untersten Klassenstufe in Anwendung kommen darf. Wenn wir den Gebrauch der polnischen Sprache auf dieser Klassenstufe gestatten, so geschieht dies nur ausnahmsweise und in der Absicht, daß die polnisch redenden Schulkinder in das Verständniß des Deutschen eingeführt und befähigt werden, an dem Unterrichte, der auf den beiden anderen Stufen ausschließlich deutsch ertheilt werden muß, mit Erfolg Theil zu nehmen."

Die Ministerialverfügung vom 25. November 1865, welche als eine Erläuterung der ersteren Verordnung, in Folge vielfachen Widerspruches von Seiten der Schulinspektoren Westpreußens gegen die Verordnung vom 1. Dezember 1864 erschienen ist, setzt die Erlernung der deutschen Sprache als die Hauptaufgabe der polnischen Elementarschule an. Dieselbe Verfügung sagt zwar: „daß die Lösung dieser Aufgabe mit richtiger pädagogischer Einsicht und mit gewissenhafter Beachtung der religiösen Interessen zu geschehen hat"; wer aber die Verhältnisse einer Dorfelementarschule Westpreußens mit polnischen Schulkindern kennt, der weiß: daß der Lehrer aus Unkenntniß der polnischen Sprache und aus Eifer für die amtlichen Bestimmungen, ohne alle pädagogische Einsicht den polnischen Kindern die deutsche Sprache einpaukt, daß in Folge dessen die Eltern und die Kinder die Schule als eine Last ansehen und unter allerhand Vorwand von denselben sich zu befreien suchen, daß in weiterer Folge von 3 Abtheilungen in der Schule gar nicht die Rede sein kann, weil die Kinder sammt und sonders nichts wissen, daß endlich in letzter Folge das Schulkind statt der Bildung der Verwilderung näher gerückt wird.

Die praktische Erfahrung vieler Jahre beweiset dieses. Die Bildung und Gesittung unter dem polnischen Landvolke macht nicht die geringsten Fortschritte, statt dessen mehren sich allerhand Untugenden, wie Diebstahl, Trunkenheit und Trägheit und der diesjährige westpreußische ökonomische Kongreß zu Thorn sprach, mit Rücksicht darauf, daß das polnische Element überwiegend auf dem platten Lande wohnt, einstimmig die Ueberzeugung aus: „daß an eine wirkliche Hebung der Landwirthschaft in Westpreußen nicht zu denken sei, so lange die Elementarschulen ihren Zweck verfehlen und ihre Hauptaufgabe in der Erlernung der deutschen Sprache setzen, statt vermittelst eines fertigen Materials, wie es die Muttersprache ist, den Verstand und das Herz des Schulkindes zu bilden."

Ad petitum 2. b. Was schließlich die Einführung polnischer Parallel-Klassen neben den deutschen von unten auf in den höheren Schulen, wo polnische Jugend zahlreich frequentirt, anbetrifft — und zwar in den Gymnasien bis zur Tertia inklusive, in den Real- und Stadtschulen aber nach Maßgabe des Bedürfnisses — so halten wir es für ausreichend, um eine Aenderung der herrschenden Praxis im Sinne der Petition zu erwirken, wenn wir zur Kenntniß des Hauses der Abgeordneten bringen, daß die polnische Schuljugend, von Hause aus nur mit der polnischen Muttersprache ausgestattet, schon von der untersten Klasse an dem deutschen, ihr unverständlichen Vortrage folgen muß.

Es begegnet uns nämlich alltäglich, daß, so oft wir mit gebildeten Deutschen über diesen Gegenstand zur Sprache kommen, kein Mensch es glauben will, daß im preußischen Staate die Sprachintoleranz so groß sein sollte, daß Schulkinder en masse und von vornherein einem Unterricht folgen müßten, den sie nicht verstehen. Und doch ist dies eine Thatsache, welche zu jeder Zeit an den katholischen Schulen und Gymnasien Westpreußens erwiesen werden kann. Das Kulmer Gymnasium zum Beispiel zählt zur Zeit in Sexta 65 Schüler, darunter verstehen 35 Schüler den deutschen Vortrag nicht; in Quinta sind 34, in Quarta 26 polnische Schüler; nichts desto weniger ist der Vortrag der Lehrgegenstände schon von Sexta an in deutscher Sprache und der Unterricht der polnischen Sprache ist in allen Klassen auf 2 Stunden wöchentlich beschränkt, was noch durch den Umstand auf eine Null zurückgeführt wird, daß für den Unterricht in der polnischen Sprache meist je zwei Klassen kombinirt werden, um die Gesammtstundenzahl für die polnische Sprache auf ein Minimum zu reduciren und den Unterricht dem Lehrer eigentlich unmöglich zu machen.

Dieses Verfahren, welches allen pädagogischen Grundsätzen zuwiderläuft, hat zur Folge, daß das polnische Schulkind viele Jahre in den unteren Klassen hinbringen muß, um sich der Muttersprache zu entfremden und mit Hilfe einer angelernten Sprache mühsam dem Unterrichte zu folgen. Dadurch aber, daß die polnischen Kinder in der Klasse sitzen, ohne geistigen Antheil am Unterricht zu nehmen, den sie nicht verstehen, wird der Geist der Kinder getödtet und der Körper wird siech. Die Lust zum Studium wird überdies durch diese immer wiederkehrende Schwierigkeit immer von Neuem gelähmt, statt durch ein rasches aufmunterndes Fortschreiten in den Lehrgegenständen genährt zu werden, und so bleiben die meisten polnischen Schüler in den unteren Klassen stecken, müssen das Gymnasium verlassen und gehen unter. Man sagt ihnen dann nach, daß sie nicht haben lernen wollen, aber kein Mensch wagt es zu sagen, daß sie unglückliche Opfer des tyrannisirenden Germanisationssystems und der mit Füßen getretenen Pädagogik sind.

Es ist für uns ein himmelschreiendes Unrecht — und wir berufen uns hierin auf das Rechtsbewußtsein aller gebildeten Leute und auf das Urtheil sachkundiger Pädagogen, — daß in einer Provinz, welche fast eine halbe Million Einwohner polnischer Abkunft zählt, den natürlichsten Bedürfnissen dieser Bevölkerung, sowohl in Hinsicht auf die Muttersprache, als in Hinsicht auf Erziehung und Bildung, keine Rechnung getragen wird.

Hohes Haus der Abgeordneten! Unsere Ansprüche sind bescheiden und gerecht. Wir wissen wohl, daß wir als preußische Staatsbürger uns die Kenntniß der deutschen Sprache aneignen müssen, aber wir verlangen, daß unsere Kinder nicht verkommen sollen an Geist und Körper, indem man an ihnen zum Grundsatz macht „friß Vogel oder stirb“, sondern daß man vielmehr in humaner Weise denselben die Mittel an die Hand lege, die deutsche Sprache mit Liebe zu erlernen, um vermittelst derselben der höchsten Bildung im preußischen Staate theilhaftig werden zu können.

Dieses aber kann nur dadurch erreicht werden, daß man von unten auf neben den deutschen polnische Parallelklassen einführt, wo der polnischen Jugend dieser Provinz, welche von Hause aus die deutsche Sprache nicht versteht, Gelegenheit geboten wird, neben dem polnischen Vortrage allmälig in die Kenntniß der deutschen Sprache soweit eingeführt zu werden, um in den höheren Klassen mit Erfolg dem deutschen Vortrage folgen zu können.

Dieses sind die Motive, die wir zur Begründung unserer Petition anführen. Sollte dagegen von Seiten der Staatsregierung der Einwand gemacht werden, daß zur Gründung eines neuen Gymnasiums in Westpreußen und zur Einführung polnischer Parallelklassen neben den deutschen keine Fonds vorhanden seien, so möchten wir noch angeführt haben, daß die nach der Okkupation dieser Provinz vom Fiskus eingezogenen katholischen Schul- und Kirchenfonds noch nicht insoweit für katholische Schul- und Kirchenzwecke erschöpft sein dürften, daß sie nicht auch die Kosten der angeführten Bedürfnisse decken könnten. — Außerdem steht unseren gerechten Anforderungen das Okkupations-Patent von 1772 zur Seite, welches, die Besitznahme dieser Provinz rechtfertigend, die königliche Versicherung ausspricht:

„daß die Stände und Einwohner des Landes Preußen und Pommern, welche die Krone Polen bisher besessen, sammt und sonders bei ihren Besitzungen und Rechten im Geist- und Weltlichen geschützt und gehandhabt und überhaupt das ganze Land dergestalt regiert werden sollte, daß die vernünftigen und wohldenkenden Einwohner glücklich und zufrieden sein können, und keine Ursache haben sollten, die Veränderung zu bereuen.“

Dem aber schließlich von engherziger Seite herkömmlichen und voraussichtlich auch jetzt unausbleibbaren Einwande, daß jede Berücksichtigung der polnischen Nationalität in Preußen staatswidrig sei, — stellen wir die bisherige fast hundertjährige Praxis entgegen. Das seit einem Jahrhundert gehandhabte Germanisationssystem hat die unglücklichsten Früchte getragen und der Staatsassimilation die schlechtesten Dienste geleistet. Nach Innen hat das Germanisationssystem die Verdummung, Entsittlichung und Verarmung der polnischen Bewohner Preußens zur Folge gehabt, in nationaler und staatlicher Hinsicht aber nach dem physischen Gesetz „Druck erzeugt Gegendruck“ nicht die geringsten Errungenschaften gemacht.

Die neuere Zeit hat hinlänglich erwiesen, daß die Attraktion liberaler Institutionen viel größer ist als die Schranken der Monopole und die brutale Gewalt des geistigen Zwanges; wir haben daher die Ueberzeugung, daß dieselben Grundsätze, welche in neuester Zeit freie Selbstbestimmung und die bürgerliche Freiheit nach allen Richtungen fördern, nunmehr auch der Anerkennung und der Befriedigung unserer national-geistigen Bedürfnisse das Wort sprechen werden.

— Die **Handelskammer** bringt folgende, von dem Herrn Handelsminister ihr zugegangene Mittheilung durch Bekanntmachung an der Börse zur Kenntniß des Handelsstandes.

Der Import Serbiens von den Zollvereinsländern ist seit einigen Jahren in Zunahme begriffen gewesen. Das Geschäft geschieht, da ein nennenswerther Export aus Serbien nach den Vereinsländern nicht stattfindet, gegen von dort aus zu leistende Baarzahlung, und zwar pflegt der deutsche Kaufmann sich über die Faktura der zu entsendenden Waaren von dem serbischen Abnehmer ein Accept auf kürzere oder längere, durch gegenseitige Uebereinkunft festgesetzte Frist ausstellen zu lassen.

Wiederholt sind in derartigen Fällen bei eintretender Zögerung oder Weigerung der Zahlung Verluste für die deutschen Kaufleute eingetreten. Dieselben haben in der Regel Verzugszinsen vom Verfallstage des Wechsels ab beansprucht (vergl. Art. 50 der Allgemeinen deutschen Wechselordnung) und in der Ueberzeugung, daß ihnen diese Vergütung nicht entgehen könne, über der Protesterhebung und den gerichtlichen Schritten geraume Zeit verstreichen lassen.

Dieserhalb wird der Handelsstand darauf aufmerksam gemacht, daß das serbische Wechselrecht vom Jahre 1860 Kap. 13. § 158 festsetzt:

> „Die Zinsen von dem Kapital, über welches wegen Nichtzahlung des Wechsels Protest erhoben worden, beginnen von dem Tage an zu laufen, wo der Protest erhoben worden.“
>
> Ferner §. 159:
>
> „Zinsen von Protestspesen, Wechselkurs u. andern gesetzlichen Spesen werden von dem Tage der Anhängigmachung der Sache vor Gericht gezahlt.“

Desgleichen macht die Handelskammer in Folge Benachrichtigung des Königlichen Haupt-Steueramts durch Aushang im Börsenlokale bekannt, daß in Gemäßheit eines Reskripts des Herrn Finanzministers die bisherige, nur auf Meßplätze beschränkt gewesene Einrichtung der sogenannten laufenden Konten künftig auf alle Handelsplätze des Zollvereins, an denen sich Großhandlungen befinden, welche einen erheblichen Handel mit fremden Waaren nach dem Auslande betreiben, ausgedehnt werden soll, und daß das dieserhalb erlassene Regulativ in dem Zollabfertigungslokale des königlichen Hauptsteueramts, sowie in der Registratur der Handelskammer eingesehen werden kann.

— [**Mangel an Arbeitskräften.**] Seit dem Beginn des Baues der Posen-Märkischen Bahn in der Nähe von Posen sind Hunderte von Arbeitern aus der Stadt zu den Eisenbahnarbeiten gegangen, in Folge dessen sich in der Stadt selbst ein fühlbarer Mangel an Arbeitern zeigt, der gegenwärtig um so stärker hervortritt, als die meisten Arbeiten zum Herbste forcirt werden müssen. Es gilt dies besonders von den Bauten, bei denen es nicht selten auch an Maurergesellen fehlt. Ein zahlreiches Kontingent an Arbeitern liefert die hiesige Frohnveste, deren leicht Inhaftirte in und außer der Stadt bei verschiedenen Arbeiten beschäftigt sind. Die Arbeitgeber haben an die Verwaltung des Gefängnisses pro Arbeiter 5 Sgr., außerdem aber noch an jeden Mann selbst 1 Sgr. auf den Tag zu zahlen. Die Gefangenen ziehen gewöhnlich gern die Beschäftigung außerhalb der im Gefängnisse vor.

— [**Neue Brücke**] Die kurz vor dem Viktoria-Park über ein kleines Wasser auf der Eichwaldstraße führende Brücke kommt der Stadt, die sie wie den Eichwaldsweg bis hinter dem Viktoria-Park in Ordnung zu halten hat, ziemlich theuer zu stehen, weil sie wiederholt von Holzdieben ruinirt wurde. Gegenwärtig wird diese Brücke seitens der städtischen Verwaltung durch eine ganz neue ersetzt. Die Arbeit wird, da neue Brückenpfähle eingerammt werden müssen, doch einige Zeit in Anspruch nehmen. Damit aber die Passage auf der Eichwaldsstraße nicht unterbrochen werde, soll während des Baues der neuen Brücke eine Interimsbrücke hergestellt werden. Ohne eine solche müßte der Verkehr den sandigen Weg an der Warthe, von dem aus man beim Viktoria-Park wieder in die Eichwaldstraße gelangen kann, oder den weiten Umweg über die Wilda wählen.

× **Kreuz**, 2. Sept. Die heute hier stattgehabte Versammlung zur Berathung des Projekts einer **Eisenbahn von Schneidemühl nach Stargard** war von den Interessenten zahlreich besucht. Das Resultat der Berathung war die Wahl eines Komités, bestehend aus den Landräthen der Kreise Dt.-Krone, Arnswalde und Saatzig, welches beauftragt wurde, in der Sache weiter vorzugehen, insbesondere vom Handelsminister die Gestattung der Vorarbeiten zu erbitten, für deren ev. Vornahme sofort eine ansehnliche Summe gezeichnet wurde.

r. **Kreis Bomst**, 2. Sept. Die Hopfenerndte ist selbst auf den größern Plantagen fast beendet, und es fällt dieselbe bedeutend besser aus, als man vor Beginn derselben vermuthete. Die letzten Regen haben nämlich dem Späthopfen sehr genützt. Es giebt gar viele Plantagen, die durch den Kupferbrand total ruinirt worden, so daß heuer nur eben so viele Pfunde, wie im vorigen Jahre Centner eingeerndtet worden; hingegen wurde auf vielen andern Plantagen ein ganz guter Ertrag erzielt. Was das Geschäft betrifft, so ruht dasselbe bis jetzt noch vollständig. Es ist bis jetzt nur ein auswärtiger Hopfenhändler aus Böhmen in hiesiger Gegend eingetroffen; derselbe bewilligt meist nur für Primawaare 30—32 Thaler, wozu Eigener sich nicht verstehen wollen. Für 1867r Waare, wovon mitunter noch bedeutende Vorräthe lagern, ist jetzt keine Nachfrage.

w **Borek**, 31. August. [**Telegraph; Schöpsenmarkt**] Man hat sich hier allgemein der Hoffnung hingegeben, noch in diesem Jahre die **Telegraphenleitung** am hiesigen Orte zum Anschluß an die Linie an Kozmin eröffnet zu sehen, und dies mit Recht, weil dieser Bau nicht nur in dem Budget pro 1868 mit veranschlagt ist, sondern weil fast sämmtliche zu diesem Bau erforderlichen Materialien an Ort und Stelle geschafft worden sind und also nichts weiter nöthig ist, als Hand an dieselben zu legen, das Werk aufzurichten und in Gang zu setzen. Diese Hoffnung ist nun aber leider zu Wasser geworden. Wie wir aus zuverlässiger Quelle erfahren, soll auf eine von dem Baron **von Gräve** auf Karlshoff in Bezug der Zuendeführung dieses Baues an die Telegraphendirektion gerichtete Vorstellung die Antwort erfolgt sein, daß die pro 1868 zur Errichtung von Telegraphenlinien ausgesetzten Mittel bereits erschöpft seien und deshalb die hier in Aussicht genommene Drathleitung zur Zeit nicht zur Ausführung gebracht werden könne. Diese Nachricht hat unter den hiesigen Kaufleuten und den Besitzern der umliegenden Gegend, große Sensation erregt, zumal die Errichtung einer Drathlinie in hiesiger Stadt in kommerzieller Beziehung höchst nöthig und die Verzögerung eben so nachtheilig ist. Die Kaufleute und Gutsbesitzer wollen sich dieserhalb an die Telegraphendirektion wenden und ihre Bereitwilligkeit erklären, die zur Bestreitung der Arbeitslöhne erforderlichen Mittel, falls andere Fonds dazu nicht disponibel sein sollten, vorschußweise herzugeben, wenn der Bau noch in diesem Jahre vollendet würde. Die desfallsige Petition ist bereits zur Unterschrift in Cirkulation gesetzt und wird in den nächsten Tage abgehen.

Da erst heute der Jahrmarkt in Gostyn beginnt, so hat diesmal der **Schöpsenmarkt** in hiesiger Stadt 2 Tage gedauert und zwar ist dieser vorgestern und gestern abgehalten worden. Im Ganzen war das aufgetriebene Quantum unbedeutend; es mögen höchstens 3000 Stück zu Markt gebracht gewesen sein, trotzdem war das Geschäft ein sehr schlechtes, da die Waare durch den Einfluß des Regenwetters an Ansehen viel verloren und deshalb nicht an den Mann zu bringen war. Ein kleiner Posten von ca. 200 Stück fand Abnehmer und erzielte 7 Thaler pro Paar. Als Käufer waren auch Sachsen anwesend, die aber nichts machten und den Markt in Gostyn abwarten wollten.

Volkswirthschaftlicher Kongreß in Breslau.

Zweiter Tag. Anwesend ca. 120 Personen. Vorsitzender Dr. **Braun**. Auf der Tagesordnung steht zunächst der Schluß der Debatte über die Reform des Hypothekenkredits. Hierzu sind zunächst von dem Referenten Dr. **Wilckens** einige Abänderungen der Resolution eingebracht. Sub I. fällt weg; sub II. heißt es: die Grenze der Belastung haben diese Institute in ihren Statuten festzusetzen; sub III.: der die normirte Grenze der Belastung mit unkündbaren Pfandbriefen überschreitende Kredit des Grundbesitzes ist durch **kündbare, leicht zu indossirende** Hypothekenbriefe zu beschaffen. In sub IV. tritt hinzu als 6) das Formenwesen bei den Rechtsgeschäften vereinfacht; 7) die Kosten- und Stempeltaxe ermäßigt; ferner ein Amendement des Herrn Dr. **Gad**: ad 2 bedarf es

> der Reform des formellen und materiellen Hypothekenrechts im Gebiet der allgemeinen Hypothekenordnung von 1783; wobei das freie Dispositionsrecht der Parteien als Grundlage zu betrachten; einer Vereinfachung des Subhastationsverfahrens, sowie einer Ermäßigung der Kosten und Stempeltaxe.

Braun erklärt die Sitzung für eröffnet, es ist eine Denkschrift über englische Baugenossenschaften eingegangen, sowie Exemplare der „**Breslauer**“ und „**Schlesischen Zeitung**“.

Dr. **Emminghaus** tritt nochmals für die Kommandit-Gesellschaften ein, obwohl er anerkennt, daß es noch bessere Formen geben möge. Gegen Prof. Riedel meint er, es sei nicht wirthschaftlich, wenn man Leuten mit weniger Geld verbieten wolle, Grundbesitzer zu werden. Thatsachlich sähe man eine Menge thätiger Leute auch mit geringerem Kapital sich heraufarbeiten. Außerdem bedürfen gerade die technisch gebildetsten Landwirthe am meisten des Kredits und verstehen denselben am besten zu verwerthen. Er theile nicht die geringschätzige Ansicht über das Kreditbedürfniß, es sei tief gefühlt vorhanden. Er beantragt:

> Auf dem Wege der Errichtung von Erwerbsgesellschaften zum Zwecke des Kauf- oder Mieth-Handels mit Immobilien oder der Bewirthschaftung von solchen könnte in vielen Fällen dem kapitalbedürftigen Techniker das nöthige Kapital und dem nicht technisch gebildeten Kapitalisten die angemessene Rente verschafft, also der Immobiliar-Kredit-Noth gesteuert werden.
>
> Es muß daher auch solchen Erwerbsgesellschaften die Rechtsfähigkeit gleichermaßen wie den zu Zwecken des Waarenhandels, der Bank-, Versicherungs- und Frachtgeschäfte, der Industrie u. s. w gegründeten Handels-Gesellschaften zugestanden werden.

Herr **Fromberg**: Es sei ihm ziemlich bestimmt widersprochen worden, daß die Verschiedenheit des städtischen und ländlichen Grundbesitzes nicht so bedeutend sei. Es seien Tarnowitz und Schmiedeberg citirt worden, das seien Ausnahmen, auf welche man keine Regel bauen könne. Ganz ebenso wie mit dem Personalkredit ist es mit dem Realkredit. Man kann ein städtisches Grundstück viel sicherer beurtheilen, als ein ländliches, die Hypotheken, welche nicht im letzten Sechstel sich bewegen, sind in der Stadt sicherer als auf dem Lande.

Wenn Jemand eine Hypothek erwirbt, begiebt er sich in Gefahr; bei dem städtischen Grundstücke ist die Gefahr geringer als auf dem ländlichen. Grundstücke kommen zum Verkauf, wenn der Grundbesitzer in seinen Verhältnissen in Verfall geräth. Niemals kann der Besitzer in der Stadt seinen Besitz so devastiren, als der Besitzer auf dem Lande. Selbst wenn die Taxe nicht so bestimmt wäre, so könnte man doch immer den städtischen Grundbesitz sicherer beurtheilen.

Herr **Michaelis** will nicht in die ganze Breite der Debatte eintreten, sondern nur einen Punkt hervorheben. Ist es gut, dem Schuldner die Pflicht aufzulegen, zu amortisiren oder ewige Schulden zu kontrahiren? Einmal ist gesagt, dies sei ein Widerspruch, wenn man nie sein Geld zurückerhalten könnte. Ein Redner meinte, man habe kaum die ewige Rente abgelöst, warum solle sie wieder geschaffen werden Es handelt sich aber hier um Renten, die der Rentenzahler, nicht der Rentenempfänger zurückzahlen kann. Weshalb haben wir Scheu vor ewigen Schuldverhältnissen? Weil nichts dauernder ist als der Wechsel, weil wir nie wissen, ob wir nicht etwas schaffen, was in Zukunft äußerst drückend ist. Veränderlich ist das Bedürfniß des Grundeigenthümers; in 10 bis 20 Jahren braucht er vielleicht abermals Geld; amortisirt er nicht, so ist ihm die Möglichkeit des neuen Darlehens abgeschnitten. Durch die Amortisation erwirbt man sich die Möglichkeit, durch kleine Abzahlungen wieder ein größeres Darlehen zu machen. Veränderlich ist der Werth. Gestern ist sogar bestritten worden, ob der städtische Grundbesitz der Beleihung durch Pfandbriefe fähig wäre. Das Steigen der Bevölkerung ist von gleichem Einfluß auf Erhöhung des Werthes der Grundstücke sowohl in Stadt und Land. Wenn es richtig wäre, daß der Grundbesitz fortwährend steigen muß, so würde Jeder sich zum Erwerb desselben drängen. Der ländliche Grundbesitz ist aber ebenfalls den Schwankungen unterworfen, sowohl durch die Art der Bewirthschaftung, als durch die Konkurrenz anderer Gegenden und Grundstücke. Es kann ein Grundstück an einer guten Landstraße sinken, wenn ein besserer Schienenweg entfernte Orte dem Markt nähert. Wenn der städtische Grundbesitz verschiedene Werthe repräsentirt nach der Lage der Grundstücke, so muß bei den Pfandbrief-Instituten für die Stadt eine verschiedene Amortisationsquote eingeführt werden.

Rechtsanwalt Dr. **Gad** begründet sein Amendement, glaubt aber, daß die Fragen über Konkursordnung und Notariatsordnung anderwärts entschieden werden würden.

Herr Dr. **Böhmert**: In der Schweiz widerlegt sich, was hier behauptet worden ist. Es ist thatsächlich, daß der Grundbesitz in der Schweiz und in Süddeutschland an Werth verloren haben. Gründe sind, Mangel an Arbeitern, sowie die Ueberschwemmung mit ungarischem Getreide. Es besteht thatsächlich eine Krisis, die zum Theil auch in der Ueberspekulation liegt. Es ist falsch, daß der ländliche Grundbesitz immer steigen muß, auch die Bewirthschaftungsart trägt viel dazu bei, ob das Gut an Werth verliert oder gewinnt.

Redner empfiehlt die Resolution von Behr-Dr. Wolff. Der Realkredit bedarf längerer Zeit, wird auch so gewährt, man darf aber nicht zu unkündbaren Hypotheken greifen; einzelne Kantone der Schweiz besitzen dieses Princip, doch ist der Einfluß auf das Kreditwesen sehr ununstig; nur mit großer Mühe können die Grundbesitzer Geld erlangen. Redner ist für Amortisationen, und nach Umständen für längere oder kürzere Kündbarkeit.

Herr Dr. **Faucher**: Es entstehe die Frage: Kündbarkeit oder Amortisation? Das Vertragsgeschäft muß auch von Nutzen für die Allgemeinheit sein. Der Realkredit bringt Geld aus einer Hand in die andere, wo es für Nutzen für die Allgemeinheit ist, ist der Kredit zu schützen. Wo aber z. B. ein Kapital unproduktiv angelegt wird, schützt zwar das Recht Ansprüche an das Kapital, aber nie der Volkswirth. Aller Realkredit, der auf ewiger Rente basirte, hat sich gerichtet, ob in Geld, ob in Naturalien — es ist stets eine verzuckende Aristokratie und ein verarmter Bauernstand entstanden.

Die Diskussion ist geschlossen. Ref. Dr. Wilckens giebt ein Resumé über die verschiedenen Ansichten, spricht sich nochmals entschieden für Amortisation aus. Es scheine seiner Ansicht nach Uebereinstimmung zu herrschen, nur in der Form der Resolution gehe man auseinander. — Herr v. **Behr** hebt nochmals die Verschiedenheit der Resolutionen (besonders sub 3) hervor. — Herr **Heymann**: Er habe nicht Hypothekenbankenaktien perhorresciren wollen. Aktiengesellschaften belasten den Geldmarkt zweimal, deshalb sei er mehr für Genossenschaften.

Es erfolgt die Abstimmung, und zwar:

1) Ueber den Antrag Dr. **Gad**.
   Der Antrag wird angenommen.
2) Ueber die Resolution **von Behr-Wolff** (mit Einfügung des Gad'schen Amendements).
   Der Antrag wird mit großer Majorität angenommen, der Antrag des Referenten ist dadurch erledigt.
3) Ueber den Antrag Dr. **Emminghaus**.
   Der Antrag ist angenommen.

In Bezug auf das Referat des Herrn Dr. **Wilckens** in der gestrigen Sitzung ergänzen wir, daß die kurmärkische Landschaft ihren Schuldnern Parikurse gewährt und die Differenz des Kurses amortisirt. Die Verfügbarkeit des Kapitals wird bei den Instituten durch Amortisation unterstützt.

II. Reform des Bankwesens.

Herr **Heymann** erwähnt, daß er erst in letzter Stunde zum Referenten ernannt worden sei. Er ersucht im Namen des kaufm. Vereins um Annahme der betreffenden (bereits gestern mitgetheilten) Resolution. Unter Männern der Wissenschaft besteht kein Zweifel, daß das englische Checksystem das beste ist; auch der große Handel weiß, was er will; an ihn wende ich mich nicht. Er wende sich an die Lehrer des Volks, man habe aus den deutschen Banken alles Mögliche gemacht, nur das nicht, was sie sein sollen. Für das große Publikum sind die Banken nicht zugänglich, es hat von dem Giroverkehr keinen Nutzen, und doch ist es gerade das größere Publikum, welches in England die großen Resultate des Bankverkehrs geschaffen hat. Was sich in England so vorzüglich bewährt, möge auch bei uns Eingang finden. Das Checksystem setzt Redner als bekannt voraus, und erinnert nur noch an die vortrefflichen Einrichtungen der Danziger Privatbank, deren Vertreter anwesend ist. Er erinnert ferner an die großen Resultate der Industrie und wünscht, daß man England nachstreben möge.

Dr. **Dorn** (Wien) spricht sich gegen die Stempelgebühr bei den Cheks aus, mindestens bei kleineren Summen, und stellt einen darauf bezüglichen Antrag.

Herr **Faucher** glaubt, es handle sich nicht um die Bankfrage, sondern nur um den einzelnen Punkt. Das Chekfystem ist nicht augenblicklich von Erfolg, es wächst, wie jede Pflanze echter Volkswirthschaft, langsam, aber es vermehrt den beweglichen Kredit. Das Volk hat mehr Kasse, deshalb sind die Schweiz, England, Holland, groß. Sich Kasse halten, heißt sich die Verfügung über den wirthschaftlichen Markt erhalten. Der nächste Erfolg sind größere Vorräthe und eine beständige Verfügung über dieselben ist von hohem Werth. — Das Checkwesen ist schon vielfach versucht worden, nur in Danzig ist es von Erfolg gewesen. In England muß man Kasse halten, in England fängt der Mensch mit dem an, der Banquier ist. Das Land ist in ewiger Bewegung begriffen. Man hat periodische Kredite eingeführt, dazu muß natürlich ein Banquier sein, der das Konto führt. Ohne alle Banknoten ist das englische Leben so groß, man sieht ein, warum wir so oft in der Konkurrenz unterliegen. Ein Volk, das so stark Kasse hält, kann billiger und gelegner einkaufen, es ist dies das Geheimniß des Unterschiedes zwischen englischer und kontinentaler Industrie. Wir brauchen lange, ehe wir so weit kommen, wie England, aber wenn wir nicht einmal anfangen, kommen wir nie dahin. Deshalb befördern Sie, meine Herren, daß das Volk dahin gelangt, sich Kasse zu halten, wie die Schweiz, England, Holland und Belgien. Nur der Check sichert eine Nationalkasse.

Dr. **Dorns** Amendement geht dahin, Checks kleiner Beträge steuerfrei zu begeben.

Dr. **Böhmert** glaubt, es empfehle sich, zu erklären: indem der Kongreß die allgemeine Debatte über das Bankwesen auf die nächste Versammlung vertagt, erklärt er sich für Einführung der Checks und gegen Stempelung derselben. Dann wird man der großen Segnungen des freien Bankverkehrs theilhaftig werden.

Herr **Bahse** erwähnt eine besondere Schwierigkeit in Deutschland, das Wechselwesen sei zu ausgebreitet. Nicht jeder kann bei dem Banquier den Betrag deponiren, um erst allmälig das Geld zu verwenden. Es sei Zeit, daß man sich gegen das Wechselsteuerwesen erkläre, auch bei den Checks würde man dahin kommen, größere Checks, um sie nicht versteuern zu müssen, in kleine Summen zu zerlegen. Redner erläutert das sächsische Wechselsteuergesetz, und wünscht eine allgemeinere Gesetzgebung.

Herr Dr. **Meyer** hält den ersten Passus der Resolution für gesichert, und möchte den zweiten Theil vertheidigen. Es scheint ihm, als ob Steuern, die in geringem Betrage aufhören, nicht volkswirthschaftlich gesund seien. Wenn man durchführt, daß Wechselsteuern auch im kleinsten Betrage erhoben werden, gelten jene für gerechte Steuern. Es sei eine gleichmäßige Checksteuer zu empfehlen; er sei eher für Stempelfreiheit, als für Erlaß der Steuer der kleinen Beträge. Der erstere Weg sei populär, aber voraussichtlich vorläufig ohne Erfolg; denn auch er halte die Wechselsteuer für eine gerechte. Er theile nicht den allgemeinen Haß gegen alle Steuern; so sei er gegen Stempelfreiheit bei den Wechseln unter 50 Thalern. Größere Geschäfte würden unreell in diese Begleichsform gekleidet und das Privilegium der Stempelfreiheit verlockt dazu, sich dieser falschen Form zu bedienen. Ebenso würde es mit den Checks gehen. Er erwähne noch, daß auch in Bremen Checks mit Stempelfreiheit bestehen. — Herr **Schottler** erwähnt, daß Anweisungen, die an demselben Tage zahlbar sind, vom Stempel in Preußen befreit sind. Die Uebertragung der Checks muß daher rasch geschehen; wer Checks bekommt, muß sie bald auf sein Konto übertragen lassen. — Dr. **Emmighaus** glaubt, daß die Banken von den Vorschußvereinen längst im Checkgeschäft überholt worden sind. Schon bei Gelegenheit eines Gutachtens für den Verein zu Rostock habe er sich für das Checksystem ausgesprochen, und nicht nur dieser Verein, auch das Publikum sei sehr zufrieden gewesen. Auch bei den ländlichen Vorschußvereinen des Großherzogthums Baden hat sich das Checksystem bewährt. Er erklärt sich entschieden gegen Satz 2, welcher fast zu sagen scheine, daß ein Check ohne Stempel undenkbar sei. Wenn die Stempelsteuer für unzweckmäßig erkannt wird, muß sie beseitigt werden.

Herr **Kopisch** erklärt sich entschieden für das Checksystem und hofft, daß auch die städtische Bank von Breslau es bald einführen werde, zumal es in ihren Statuten ausgesprochen sei; er ist für völlige Stempelfreiheit.

Dr. **Dorn** erklärt, daß er sich dem Antrage der Vertagung anschließe und befürwortet nochmals sein Amendement. Wenn der Stempel auf kleine Checks eingeführt wird, so werden dieselben vertheuert. Er sei im Grunde für völlige Freiheit, aus praktischen Rücksichten spreche er sich nicht dafür aus, daß die Stempelsteuergesetzgebung völlig perhorrescirt werde, es sei genug, wenn etwas — die Befreiung kleiner Checks von der Stempelsteuer vorläufig erreicht werde.

Der Schluß der Debatte wird angenommen. Herr **Heymann** erwähnt nur zwei Einwendungen: die erste sei, das deutsche Volk wäre geschäftlich noch nicht so ehrlich, um das Checkverfahren einzuführen, er weise den Vorwurf zurück, denn er glaube nicht, daß der Deutsche ein größerer Gauner sei als der Engländer. Die Gegner, welche das Checksystem überhaupt verdammen, ignorire er. — Redner empfiehlt nochmals auch Punkt 2 seiner Resolution.

Die Abstimmung erfolgt

1) über den Vertagungsantrag Dr. Böhmert; der Zusatzantrag von Dr. Dorn wird abgelehnt, der Vertagungsantrag Dr. Böhmert wird mit großer Majorität angenommen;
2) die Resolution von E. Heymann wird zu Gunsten des ersten Antrages zurückgezogen.

Wegen der Fahrt nach Freiburg wird ein neuer Punkt der Tagesordnung nicht begonnen. Vicepräsident v. Carnall schließt die Sitzung.

Breslau, 2. September. Der volkswirthschaftliche Kongreß nahm in seiner heutigen Sitzung folgende Anträge an:

1) Des Dr. Meyer aus Breslau: Der Einfuhrzoll von Reis in den Zollverein soll, ohne Unterschied zwischen geschälter und ungeschälter Waare von einem Thaler auf 15 Sgr. per Centner herabgesetzt werden;
2) des Dr. Faucher, welcher empfiehlt, innerhalb des Zollvereins mit der weiteren Beseitigung der Eingangszölle auf Produkte aus Eisen vorzugehen, und zwar soll zunächst die gänzliche Beseitigung der Eingangszölle auf Eisen angebahnt werden.

Die Mitglieder des Kongresses nahmen heute an einem großen Diner in der neuen Börse Theil.

Vermischtes.

* Am 9. August, an einem Sonntage, brach in einem Gehöft eines dicht an der preußischen Grenze gelegenen russischen Dorfes Feuer aus. Es wehte zwar der Wind gegen das Dorf, doch das Gehöft lag ziemlich isolirt und das Feuer hätte leicht auf seinen Herd beschränkt werden können, wenn nur eine Spritze zur Hand gewesen wäre. Aber wo nun eine Spritze hernehmen? Doch wo die Noth am größten, ist die Hülfe am nächsten! Die rettende Spritze erscheint; sie eilt aus dem nächsten preußischen Dorfe herbei und kann in 10 Minuten an der Brandstelle sein. Sie kommt an die Grenze; aber die Mannschaften haben keine Paßkarten, sie müssen halten und zusehen, wie etwa anderthalb tausend Schritte vor ihnen ein zweites, drittes ꝛc. Gehöft vom Feuer ergriffen wird und endlich ein ganzes Dorf niederbrennt, während sie, so gern zur Hülfe bereit, müßig stehen müssen. Eine zweite Spritze hatte dasselbe Schicksal — sie stand, wie ihre Vorgängerin, müßig an der Grenze, der Erlaubniß harrend, diese überschreiten zu dürfen. Endlich nach $2^1/_2$ Stunden langt die Erlaubniß vom Hauptamte an. Die Spritzen kommen zur Stelle, aber da war nichts mehr zu löschen; das Dorf war bis auf drei getrennt liegende Bauernhöfe niedergebrannt und die armen Bewohner standen traurig um die rauchenden Trümmer ihrer Habe.

* Es wird, schreibt man der „N. Fr. Pr.", nicht ohne Interesse sein, von einer letztwilligen Verfügung Kosciuszko's zu hören, die soeben in den Vereinigten Staaten von Amerika aufgefunden worden ist. Das Schriftstück lag bisher, während fast eines halben Jahrhunderts, vergraben und vergessen in dem Clerk's Office eines Gerichtshofes zu Albemarle. Es ist vom 5. Mai 1798 datirt, und wurde am 12. Mai 1819 von Thomas Jefferson persönlich dem erwähnten Gerichtshofe, als derselbe unter dem Vorsitze des Richters Archibald Stuart versammelt war, übergeben. Jefferson bezeugte damals, daß die Urkunde ganz von der Hand seines Freundes, des Generals Thaddäus Kosciuszko, geschrieben sei. Die Testaments-Vollstreckung lehnte er wegen seines hohen Alters ab. Der Schreiber, der damals die Eintragung machte, Herr Wilhelm Wertenbaker, gegenwärtig an der Virginia-Hochschule, bekräftigt die vollkommene Authenticität in einem Schreiben, welches die mit der letzten amerikanischen Post angekommenen Zeitungen enthalten. Folgendes ist der Inhalt der (zum Theil in unorthographischem Englisch geschriebenen) letztwilligen Verfügung: „Ich Thaddäus Kosciuszko, im Begriffe der Abreise nach Amerika stehend, erkläre und verfüge hiermit, daß, falls ich keine andere testamentarische Bestimmung über mein Vermögen in den Vereinigten Staaten treffen sollte, ich hiermit meinen Freund Thomas Jefferson ermächtigte, dasselbe ganz zum Ankaufe von Negern, sei es unter seinen eigenen oder anderen, zu verwenden, ihnen in meinem Namen die Freiheit zu geben, ihnen eine Erziehung für gewerbliche oder andere Beschäftigung ertheilen und sie für ihre neue Lebenslage in den Pflichten der Sittlichkeit unterrichten zu lassen, durch welche gute Nachbarn, gute Väter und Mütter, Gatten und Gattinnen gebildet werden, ihnen auch ihre Bürgerpflichten zu lehren, damit sie als Vertheidiger der eigenen und der Landesfreiheit und der guten gesellschaftlichen Ordnung handeln, und sie in jeder Beziehung glücklich und nützlich zu machen; und ich ernenne den genannten Thomas Jefferson zum Vollstrecker des Gegenwärtigen. T. Kosciuszko. 5. Mai 1798." Dem Testamente ist eine von Johann Cart, C. C. unterzeichnete, vom Circuit Court der Grafschaft Albemarle, d. 11. Mai 1819 datirte Beglaubigung beigefügt. Kosciuszko, während seines Lebens bekanntlich ebenfalls eine Zeit lang Besitzer von Leibeigenen, die er später freigab, hatte in dieser Weise durch das in Jeffersons Hände gelegte Testament auch zeigen wollen, wie er die wahre republikanische Freiheit Amerikas auffasse. Es spricht dies für sein Herz wie für seinen politischen Verstand.

* Auch die Kaschuben fangen an national aufzumucken. Nach der panslawistischen „Moskwa" herrscht gegenwärtig in den nordwestlichen Weichselniederungen nur ein Gedanke. Alles will sich den Ketten der barbarischen deutschen Sprache entwinden, um sich sobald als möglich in elegantem Russisch ausdrücken zu lernen. Man hat endlich begriffen, daß man der Kultur nach zur Moskauer Race gehört, und beeilt sich, den Segnungen dieses, dem kassubischen Herzen so kongenialen Standpunktes möglichst rasch theilhaftig zu werden. Aus dem Lande zwischen Danzig und Stettin (alles kassubisch nach Moskauer Terminologie) ist so eben ein Abgesandter in Warschau erschienen, um dort russische Fibeln, die von den undankbaren Polen noch immer verschmäht werden, zum Besten der ungeduldig wartenden Kaschubenkinder einzukaufen. Auch hat er 2 bis 3 Pfund Lettern als Anfang einer russisch-civilisirenden Buchdruckerei nach dem westpreußischen Seegestade mitgenommen.

Angekommene Fremde
vom 3. September.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDE. Die Rittergutsbesitzer Matthes aus Zabno, Baarth aus Modrze, Graf Breza aus Więckowice, Baumeister Müller aus Rawicz, die Kaufleute Schiff aus Frankfurt a. M., Nathan aus Landsberg a. W., Henning und Wiede aus Berlin, Blumenreich aus Gleiwitz, Fabrikant Ollendorf aus Kattowitz.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Die Kaufleute Horwitz aus Danzig, Krüger aus Wüstewaltersdorf, Braun aus Breslau, Postsekretär Stuhlmacher aus Köslin, Lieutenant Zimmermann aus Berlin, Gutsbesitzer Köhlig aus Buszczykowo.

OEHMIG'S HOTEL DE FRANCE. Die Rittergutsbesitzer Schubert u. Frau aus Wielkawies, v. Swinarski aus Golaszyn, v. Dobrzycki a. Bąblino, v. Kierski nebst Frau aus Gonzawa, Rentier Mieczkowski aus Pakosc.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Die Kaufleute Gerlach und Wolffsohn aus Neustadt b. P., Fischer aus Newyork, die Frauen Stephan aus Neutomysl, Schuhmann aus Gnesen und Krause aus Kollo, Mühlenbesitzer Sepper aus Neutomysl, Professor Sommer nebst Frau aus Königsberg i. Pr.

HOTEL DE BERLIN. Die Gutsbesitzer v. Zakrzewski aus Linowies, Lenz aus Sławko, Rentier Kärnboch aus Köslin, die Kaufleute Wolff nebst Tochter aus Schroda, Bach aus Rawicz, Falkenfeld aus Berlin, Rothe aus Breslau.

HOTEL DE PARIS. Gutsbesitzer Budziszewski nebst Tochter aus Xiązek, Kaufmann R. Dietzel aus Arnswalde.

SEELIG'S GASTHOF ZUR STADT LEIPZIG. Die Kaufleute Lustberg aus Sorau, Lewinsohn aus Lundsberg, Schlups und Pinkus aus Breslau, Wirthin Okonska aus Zwiady, Buchhalter Nowakowski aus Gnesen.

DREI LILIEN Maurermeister Neumann aus Wreschen und Bürger Krause aus Schrimm.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Haase nebst Frau aus Pleschen, Frau Schottländer aus Bromberg, Besitzer Schwabe nebst Frau aus Lowencin.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Lieut. und Rittergutsbes. Materne a. Chwalkowo, Dr. jur. Chozlowski aus Ulanowo, Baumeister Materne a. Glogau, Privatier Kritzinger aus Triest, die Kaufleute Blum und Rosenthal aus Berlin, Rinck aus Stettin, Bauer aus Lennep, Simon aus Frankfurt a. M., Hofmaler Kückelhahn aus Breslau, Appellgerichtsanwalt Moldenhauer aus Warschau.

KRUG'S HOTEL. Kaufmann Henschel aus Brieg, Inspektor Walter a. Pinne, Oekonom Fellerstein aus Breslau.

Inserate und Börsen-Nachrichten.

(Beilage.)

Handwerker-Verein.

Montag den 7. September, Versammlung im Schulzeschen Lokale, Friedrichsstr. 28. Vortrag des Herrn **Oehlschläger** über **Arbeiterwohnungen.**

Die Mitglieder unseres Vereins laden wir zur **General-Versammlung,** welche **Montag den 28. Sept. d. J.,** im Saale der königl. Louisenschule abgehalten wird, hierdurch ergebenst ein.
Posen, den 17. August 1868.
Das Direktorium der Barths-Stiftung.

Danksagung.

Ein werthes Gemeindeglied hat mir die Summe von **Eintausend Thalern** (in 2 5procentigen Kursk-Kiew-Aktien à 500 Thlr.) mit der Bestimmung übergeben, daß dieselben zur Gründung eines Rettungshauses für verwahrloste Kinder, wo möglich in hiesiger Stadt selbst, verwandt werden sollen. Eine weitere Gabe von gleicher Höhe ist von demselben Wohlthäter zu dem genannten Zwecke testamentarisch ausgeworfen.

Indem ich für diese reiche Spende hier öffentlich meinen innigen Dank ausspreche, darf ich daran die Hoffnung knüpfen, daß es durch die vielbewährte Opferwilligkeit aller Derer, welche das Elend der Brüder auf ihrem Herzen tragen, mit Gottes Hülfe gelingen wird, der Absicht des edlen Wohlthäters gemäß, das Unternehmen baldigst ins Leben zu rufen und dadurch so manchem sittlich und leiblich verkommenen Kinde, das in unserer Mitte wohnt, eine Stätte der Heimath zu bereiten.

Se. Exc. der Herr Oberpräsident von Horn und andere Freunde der Armen haben dem Werke ihre kräftige Mithülfe bereits zugesagt, und es wird demnächst ein Komité zusammentreten, um wegen der Sammlung von Beiträgen die erforderlichen Schritte einzuleiten.

Posen, den 3. September 1868.
Schultze, Konf.-Rath.

Familien-Nachrichten.

Heute früh 9 Uhr beschenkte mich meine geliebte Frau **Sarah,** geb. **Jacoby** aus Rogasen, mit einem munteren Töchterchen. Dies statt jeder besonderen Meldung Verwandten und Freunden.
Landeshut, den 1. September 1868.
Moritz Schlesinger.

Heute früh $7\frac{1}{2}$ Uhr wurde meine liebe Frau **Louise** geb. **Schütz** von einem kräftigen Knaben glücklich entbunden.
Posen, den 3. September 1868.
W. Ludwig.

Posener Landwehrverein.
Nachruf.

Am 30. August starb zu Kobbelbude bei Königsberg der Kurator unseres Vereins, Königlicher Regierungsassessor und Lieutenant im 18. Landwehrregiment, Herr **v. Weguern.** Derselbe hat, die edlen und patriotischen Zwecke unseres Vereins wohl erkennend, seit der Gründung desselben mit Liebe und Aufopferung dem Vereine angehört, so lange es seine Kräfte erlaubten. War es uns auch nicht vergönnt, den Verstorbenen allhier mit militärischen Ehren zur letzten Ruhe zu bestatten, so wird doch sein Andenken uns Allen unvergeßlich sein.
Der Vorstand des Posener Landwehr-Vereins.

Saison-Theater.

Donnerstag den 3. September, bei aufgehobenem Abonnement, Benefiz für Herrn **Neumann,** zum ersten Male: **Sie ist wahnsinnig.** Drama in 2 Aufzügen nach Melesville von L. Schneider. Hierauf: **Gringoire.** Charakterbild in 1 Akt nach Theodor de Banville, deutsch von A. Winter.

Freitag den 4. September: **Endlich hat er es doch gut gemacht.** Lustspiel in 3 Akten von Albini.

Börsen-Telegramme.

Bis zum Schluß der Zeitung ist das Berliner und Stettiner Börsen-Telegramm nicht eingetroffen.

Börse zu Posen

am 3. September 1868.

Fonds. Posener 4% neue Pfandbriefe $85\frac{1}{3}$ bz., do. Rentenbriefe $88\frac{1}{8}$ Gd., do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligationen —, do. 4% Stadt-Obligationen —, do. 5% Stadt-Obligationen $98\frac{1}{2}$ Br., poln. Banknoten $82\frac{7}{8}$ Gd.

[Amtlicher Bericht.] **Roggen** [p. Scheffel = 2000 Pfd.] pr. Septbr. $49\frac{1}{2}$, Septbr.-Oktbr. $49\frac{1}{3}$, Herbst $49\frac{1}{3}$, Oktbr.-Novbr. 48, Nov.-Dez. $47\frac{3}{4}$, Dez.-Jan. 1869 —

Spiritus [p. 100 Quart = 8000% Tralles] (mit Faß) pr. Septbr. 19, Oktbr. $17\frac{3}{4}$, Novbr. $16\frac{5}{6}$, Dez. $16\frac{3}{4}$, Januar 1869 —, Febr. 1869 —.

Loko-Spiritus (ohne Faß) $19\frac{5}{6}$.

[Privatbericht.] **Wetter:** schön. **Roggen:** geschäftslos, pr. Septbr. $49\frac{1}{2}$ bz. u. Gd., Sept.-Oktbr. $49\frac{1}{3}$ bz. u. Gd., Oktbr.-Nov. 48 Gd., Nov.-Dez. $47\frac{1}{2}$ Gd., 48 Br., Frühjahr 48 Gd.

Spiritus: laufender Monat durch forcirte Käufe getrieben, spätere Sichten wenig verändert, pr. Septbr. $18\frac{7}{12}-\frac{5}{8}-\frac{2}{3}-\frac{5}{6}-19$ bz., Oktbr. $17\frac{3}{4}$ bz. u. Gd., Novbr. $16\frac{5}{6}$ Gd. u. Br., Dezbr. $16\frac{5}{6}$ Br., April-Mai $17\frac{5}{12}$ bz. u. Gd., $17\frac{1}{2}$ Br.

Produkten-Börse.

Berlin, 2 September. **Wind:** NW. **Barometer:** 28. **Thermometer:** früh 14°+. **Witterung:** kühl und trübe.

Ungewöhnlich klein war der Terminhandel in **Roggen,** dabei ist doch aber die Haltung fest, denn die Preise haben sich gut behauptet und einzeln konnten Verkäufer sogar eine kleine Besserung erzwingen Das Effektivgeschäft hat ebensowenig eine Aenderung erfahren. Der Absatz geht schleppend, Eigner halten aber an ihren Forderungen fest. Gekündigt 1000 Ctr. Kündigungspreis $54\frac{1}{2}$ Rt.

Roggenmehl ohne Umsatz. Gekündigt 500 Ctr. Kündigungspreis 4 Rt.

Weizen nicht viel verändert, Haltung eher matt.

Hafer loko fest. Termine wenig belebt, aber preishaltend.

Rüböl wurde durch neue Realisations-Verkäufe unter Druck erhalten, indessen haben die Preise doch nicht weiter nachgegeben. Gekündigt 2800 Ctr. Kündigungspreis $9\frac{1}{24}$ Rt.

Spiritus wurde neuerdings besser bezahlt. Gekündigt 70,000 Quart. Kündigungspreis $19\frac{5}{6}$ Rt.

Weizen loko pr. 2100 Pfd. 68—82 Rt. nach Qualität, weißbunt poln. $78\frac{1}{4}$ Rt. bz., pr. 2000 Pfd. pr. Sept.-Oktbr. $66\frac{1}{4}$ a 66 Rt. bz., Oktbr.-Novbr. $65\frac{1}{4}$ bz., Nov.-Dezbr. 64 bz., April-Mai $65\frac{1}{4}$ bz.

Roggen loko pr. 2000 Pfd. $54\frac{3}{4}$ a 56 Rt. bz., per diesen Monat —, Septbr.-Oktbr. $54\frac{1}{2}$ a $\frac{3}{4}$ a $\frac{7}{8}$ Rt. bz., Oktbr.-Nov. $53\frac{7}{8}$ a $\frac{5}{8}$ bz., Novbr.-Dez. 53 a $52\frac{3}{4}$ bz., Dez.-Januar —, April-Mai 52 a $\frac{1}{8}$ a $51\frac{7}{8}$ bz

Gerste loko pr. 1750 Pfd. 44—54 Rt. nach Qualität, Oderbruch 53 bz.

Hafer loko pr. 1200 Pfd. $31\frac{1}{2}$—$33\frac{1}{2}$ Rt. nach Qualität, $31\frac{3}{4}$ a $32\frac{3}{4}$ Rt. bz., per diesen Monat —, Septbr.-Oktbr. $31\frac{3}{4}$ a $\frac{7}{8}$ a $\frac{3}{4}$ Rt. bz., Oktbr.-Novbr. $31\frac{1}{2}$ Br., Novbr.-Dez. $31\frac{1}{4}$ bz., April-Mai $32\frac{1}{4}$ bz. u. Gd.

Erbsen pr. 2250 Pfd. Kochwaare 58–68 Rt. nach Qualität, Futterwaare do., mittel 65 a 1/2 bz.
Raps pr. 1800 Pfd. 76–78 Rt.
Rübsen, Winter- 75–77 Rt.
Rüböl loko pr. 100 Pfd. ohne Faß 9 1/6 Rt., per diesen Monat 9 1/12 a 9 a 1/24 Rt. bz., Septbr.-Oktbr. do., Oktbr.-Novbr. 9 1/6 a 1/12 bz., Novbr.-Dzbr. 9 1/4 a 1/6 a 5/24 bz., Dezbr.-Jan. 9 1/3 a 7/24 bz., April-Mai 9 5/8 a 7/12 bz.
Leinöl loko 12 Rt. Br.
Spiritus pr. 8000 % loko ohne Faß 20 2/3 a 5/12 Rt. bz., loko mit Faß per diesen Monat 19 11/12 3/4 a 5/6 Rt. bz. u. Gd., 7/8 Br., Septbr.-Oktbr. 18 2/3 a 7/12 a 3/4 bz. u. Br., 2/3 Gd., Oktbr.-Novbr 18 1/12 a 18 a 1/12 bz. u. Br., 18 Gd., Novbr.-Dezbr. 17 19/24 a 7/8 bz. u. Br, 5/6 Gd., Dezbr.-Januar 17 5/6 bz., Jan.-Febr. 17 7/8 a 18 bz., Februar-März 18 1/12 bz., April-Mai 18 1/4 a 1/3 bz. u. Br., 1/4 Gd.
Mehl. Weizenmehl Nr. 0. 5 1/4 – 5 1/12 Rt., Nr. 0. u. 1. 5 1/24 – 4 5/6 Rt., Roggenmehl Nr. 0. 4 1/4 – 4 Rt., Nr. 0. u. 1. 4 – 3 5/6 Rt. pr. Ctr. unversteuert exkl. Sack.
Roggenmehl Nr. 0. u. 1. pr. Ctr. unversteuert inkl. Sack schwimmend: per diesen Monat 4 Rt. Br. u. Gd., Septbr.-Oktbr. 3 11/12 bz., Br. u. Gd., Oktbr.-Novbr. 3 19/24 bz. u. Gd., 5/6 Br., Novbr.-Dezbr 3 3/4 Br.
Petroleum raffinirtes (Standard white) pr. Ctr. mit Faß: loko 7 1/6 Rt. Br., Septbr.-Oktbr. 6 7/8 bz., Oktbr.-Novbr. 7 bz. u. Br., Novbr.-Dezbr. 7 1/12 Br. (B. H. Z.)

Stettin, 2. September. [Amtlicher Bericht.] Witterung: bewölkt, windig. + 14° R. Barometer: 28. 1. Wind: SW.
Weizen behauptet, p. 2125 Pfd. gelber 76–77 Rt., feiner 78–80 Rt., weißer 77–83 Rt., 83/85pfd. gelber pr. Septbr.-Oktbr. 74 3/4 bz., Br. u. Gd., Frühjahr 71 1/2, 3/4 bz.
Roggen fester, p. 2000 Pfd. loko 53–55 1/2 Rt., pr. Septbr.-Oktbr. 53 3/4, 54, 54 1/4, 54 bz. u. Gd., Oktbr.-Nov. 53 1/4, 53 bz., Frühjahr 51 3/4, 52 bz.
Gerste wenig verändert, p. 1750 Pfd. loko Oderbrucher 51–52 Rt., ungarische feine 50–51 Rt., mittlere 47–49 Rt., geringe 46–47 Rt.
Hafer p. 1300 Pfd. 33 1/2–34 Rt.
Erbsen loko p. 2250 Pfd. Koch- 64–65 Rt.
Winterrübsen p. 1800 Pfd. loko 75–76 Rt., vom Boden 76 1/2 Rt. bz., Septbr.-Oktbr. 77 Br., 76 1/2 Gd.
Winterraps p. 1800 Pfd. loko 75 1/2–77 Rt., feiner trockener vom Boden 78 Rt.
Heutiger Landmarkt:

Weizen	Roggen	Gerste	Hafer	Erbsen
70–84	54–57	51–54	32–36	60–66 Rt.

Heu 10–15 Sgr., Stroh 5–7 Rt., Kartoffeln 20–22 Rt.

Angemeldet: 50 Wsp. Roggen, 100 Centner Rüböl, 10,000 Quart Spiritus, 500 F. Petroleum.
Regulirungspreise: Weizen 74 3/4 Rt., Roggen 54 Rt., Rüböl 9 1/12 Rt., Spiritus 19 1/6 Rt., Petroleum 6 7/8 Rt.
Rüböl wenig verändert, loko 9 1/6 Rt. Br., pr. Septbr.-Oktbr. 9 1/12 Br., 1/24 bz., April-Mai 9 11/24, 1/2 bz. u. Br.
Spiritus fester, loko ohne Faß a Produzenten 19 2/3 Rt. bz., vom Lager 19 5/6 bz., pr. Septbr. 19 1/6 bz., Sept.-Oktbr. 18 1/2 bz., Br. u. Gd., Oktbr.-Nov. 17 5/8 bz., 7/12 Gd, Frühjahr 17 5/6 Gd. u. Br.
Hering fester, schott. crown und Fullbrand 12 2/3, 3/4 Rt. tr. bz., auf Lieferung bis 20. Septbr. 12 1/3, 5/12 Rt. bz., ungestempelter Full 12–12 1/2 Rt. tr. nach Qual. bz., 12 1/2 Rt. gef.
Petroleum loko für kleine Partien 7 Rt. bz. u. Br., pr. Septbr. 6 11/12 bz., Sept.-Oktbr. 6 5/6–6 11/12 Rt. bz.
Schweineschmalz, amerikan 7 1/3 Sgr. tr. bezahlt, kurze Lieferung 7 1/4 Sgr. bz., ungarisches 7 1/3 Sgr. tr. bz., Rigaer 6 5/8 – 2/3 Sgr. trans. bezahlt. (Ostſ.-Ztg.)

Breslau, 2. Septbr. [Amtlicher Produkten-Börsenbericht.] Roggen (p. 2000 Pfd.) etwas matter, pr. Sept. u. Sept.-Oktbr. 51 1/8 – 1/4 – 3/8 bis 51 bz. u. Br., Oktbr.-Novbr. 50 3/4 – 1/2 bz., Novbr.-Dezbr. 50 1/2 Br., April-Mai 50 1/4 bz.
Weizen pr. August 66 1/2 Br.
Gerste pr. August 53 1/2 Br.
Hafer pr. Sept. 48 1/2 Br., April-Mai 51 Gd.
Raps pr. Septbr. 83 Br.
Rüböl wenig verändert, loko 9 1/12 Br., pr. Septbr. 9 bz. u. Br., Sept.-Oktbr. 9 Br., 8 11/12 Gd., Oktbr.-Novbr. 9 1/12 Br., Novbr.-Dezbr. 9 1/6 bz, Dezbr.-Jan. 9 1/4 Br., April-Mai 9 1/2 Br.
Spiritus höher, loko 19 1/2 Br., **19 1/4 Gd.,** abgelaufene Kündigungsscheine 19 bz., pr. Sept. 19 1/12 – 1/6 bz, Septbr-Oktbr. 18 1/6 Gd., Oktbr-Nov. 17 1/2 bz., Novbr.-Dezbr. 17 1/4 bz. u. Gd., Dezbr.-Jan. 17 1/4 Gd., Febr.-März 17 1/3 Gd., April-Mai 17 1/2 Gd.
Zink unverändert.
Die Börsen-Kommission. (Bresl. Hdls.-Bl.)

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 2. September, Nachmittags 1 Uhr. Schönes Wetter. Weizen behauptet, loko 7, 15 a 8, 10, pr. Novbr. 6, 7, März 6, 8. Roggen behauptet, loko 6 a 6, 10, pr. Novbr. 5, 8, März 5, 6. Rüböl unverändert, loko 10 7/10, pr. Oktbr. 10 1/5, Mai 10 8/10. Leinöl loko 11 8/10. Spiritus loko 23 1/2.

Hamburg, 2. Septbr., Nachmittags. Getreidemarkt. Weizen und Roggen loko ruhig. Weizen auf Termine fest, Roggen behauptet. Weizen pr. Septbr. 5400 Pfd. netto 129 BankothalerBr., 128 1/2 Gd., Sept.-Oktbr. 124 1/2 Br., 124 Gd., Oktbr.-Novbr. 122 Br., 121 Gd. Roggen pr. Septbr. 5000 Pfd. Brutto 93 Br., 92 Gd., Septbr.-Oktbr. 92 Br., 91 Gd, Oktbr.-Novbr. 91 Br., 90 Gd. Hafer stille. Rüböl matt, loko 20 1/8, pr. Septbr.-Oktbr. 20 1/8, April-Mai 21. Spiritus fest, pr. Sept. zu 29 1/2 gefordert. Kaffee ruhig. Zink stille.

London, 2. Septbr. Getreidemarkt. (Schlußbericht). Fremde Zufuhren seit letztem Montag: Weizen 3020, Gerste 3710, Hafer 30,430 Quarters.
Weizen fast geschäftslos. Preise nominell, unverändert. Gerste stetig. Hafer eher höher.

Liverpool (via Haag), 2. Septbr., Mittags. (Von Springmann & Co.) Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz. Fest.
Middl. Orleans 11 1/4, middl. amerikanische 11, fair Dhollerah 8 1/8. middling fair Dhollerah 7 5/8, good middl. Dollerah 7 1/4, fair Bengal 7, new fair Domra 8 1/8, good fair Domra 8 3/8, Pernam 11, Smyrna 8 3/4, Egyptische 12, Domra landend 8.

Liverpool, 2. Septbr. (Schlußbericht.) Baumwolle: 12,000 Ballen Umsatz, davon für Spekulation und Export 4000 Ballen. Preise unverändert.

Paris, 2. September, Nachmittags. Rüböl pr. Sept. 81, 25, Nov.-Dezbr 81, 75. Mehl pr. Septbr. 65, 00, Nov.-Dez 62, 00. Spiritus pr. Sept. 72, 50, matt. — Schönes Wetter.

Antwerpen, 2. Septbr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Getreidemarkt. Weizen und Roggen unverändert.
Petroleum-Markt. (Schlußbericht.) Animirt. Raffinirtes, Type weiß, loko 49, pr. Sept. 49, Oktbr.-Dezbr. 50 1/2.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen 1868.

Datum.	Stunde.	Barometer 233' über der Ostsee.	Therm.	Wind.	Wolkenform.
2. Sept.	Nachm. 2	28" 0''' 56	+ 14°0	WNW 3-4	trübe. Cu-st.
2. "	Abnds. 10	28" 0''' 58	+ 10°4	NW 1	ganz heiter.
3. "	Morg. 6	28" 1''' 09	+ 7°6	W 2-3	ganz heiter.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 2. Septbr. 1868 Vormittags 8 Uhr — Fuß 9 Zoll.
" " 3. " " " — " 10 "

Fonds- u. Aktienbörse.

Berlin, den 2. Septbr. 1868.

Preußische Fonds.

Freiwillige Anleihe	4 1/2	97 1/4 G
Staats-Anl. v. 1859	5	103 3/8 bz
do. 1854, 55, A.	4 1/2	95 3/4 bz
do. 1857	4 1/2	95 3/4 bz
do. 1859	4 1/2	95 3/4 bz
do. 1856	4 1/2	96 bz
do. 1864	4 1/2	95 3/4 bz
do. 1867 A.B.D.C	4 1/2	95 3/4 bz [bz
do. 1850, 52 conv.	4	88 1/2 bz 52r 88 1/2
do. 1853	4	88 1/2 bz
do. 1862	4	88 1/2 bz
Staatsschuldscheine	3 1/2	83 3/8 bz
Präm. St. Anl. 1855	3 1/2	119 3/4 B
Kurh. 40 Thlr.-Obl.	—	54 7/8 G
Kur- u. Neum. Schld	3 1/2	— —
Oderdeichbau-Obl.	4 1/2	— —
Berl. Stadtoblig.	5	102 7/8 B
do. do.	4 1/2	96 7/8 bz
do. do.	3 1/2	77 1/4 B
Berl. Börſ.-Obl.	5	101 G
Pfandbriefe: Kur- u. Neum.	3 1/2	77 1/4 bz
do. do.	4	85 1/2 bz
Ostpreußische	3 1/2	78 1/2 G
do.	4	85 1/2 G
do.	4 1/2	91 1/8 G
Pommersche	3 1/2	75 1/2 bz
do.	4	84 5/8 bz
Posensche	4	— —
do.	3 1/2	— —
do. neue	4	85 1/4 G
Sächsische	4	83 7/8 B
Schlesische	3 1/2	— —
do. Lit. A.	4	— —
do. neue	4	— —
Westpreußische	3 1/2	76 1/4 bz
do.	4	83 B, 4 1/2 % 91 [bz
do. neue	4	— —
do.	4 1/2	91 B
Rentenbriefe: Kur- u. Neum.	4	91 bz
Pommersche	4	90 3/8 bz
Posensche	4	88 1/2 bz
Preußische	4	88 1/4 bz
Rhein.-Westf.	4	— —
Sächsische	4	— —
Schlesische	4	90 3/4 B
Preuß. Hyp.-Cert.	4 1/2	— —
l. Pr. Hyp.-Pfdbr.	4 1/2	89 G
Preuß. do. (Henkel)	4 1/2	— —

Ausländische Fonds.

Oestr. Metalliques	5	51 1/4 G
do. National-Anl.	5	55 1/8 G
do. 250 fl. Pr. Obl.	4	69 1/4 B
do. 100 fl. Kred. L.	—	81 bz [1/8 bz
do. 5pCt. L. (1860)	5	74 1/8 - 1/4 bz ult. 74-
do. Pr.-Sch. v. 64	—	56 1/2 G
do. Silb. Anl. v. 64	5	61 1/8 etw bz
Silb.-Pfandbr. der östr. Bodenkred.-G.	5	90 bz B
Ital. Anleihe	5	52 1/4 bz ult. 52 1/8
Rumän. Anleihe	8	79 7/8 etw bz [-52 bz
Ruſſ. 5. Stiegl. Anl.	5	70 bz G
do. 6. do.	5	79 G
Ruſſ.-engl. Anl.	5	88 1/2 bz
N. ruſſ.-engl. Anl.	3	54 3/4 G
do. v. J. 1862	5	87 3/4 bz
do. 1864 engl. St.	5	91 1/2 G
do. 1864 holl. St.	5	89 1/4 B
Präm.-Anl. v. 1864	5	114 1/8 bz
do. neue Em. v. 1866	5	114 1/2 bz
do. 9. Anl. engl. St.	5	91 1/2 G
holl. "	5	88 1/2 B
Ruſſ. Bodenkred. Pf.	5	82 3/4 83 1/4 bz
do. Nikolai-Oblig.	4	67 1/8 bz
Poln. Schatz-Obl.	4	gr 67 1/2 G kl 66 7/8 bz
do. Cert. A. 300 fl.	5	91 1/2 G
do. Pfdbr. in S.R.	4	65 1/2 - 3/8 bz
do. Part.-O. 500 fl.	4	98 B
do. Liqu.-Pfandbr.	4	Verloosung
Amerik. Anleihe	6	75 7/8 bz ult. [75 5/8 bz
Bad. 4 1/2 % St.-Anl.	4 1/2	91 1/8 B
Neue bad. 35 fl. Looſe	—	30 1/2 B
Bad. Eiſ.-Pr.-Anl.	4	99 3/4 bz
Bair. 4 % Pr.-Anl.	4	102 1/2 bz
do. 4 1/2 % St. A. v. 59	4 1/2	96 1/2 G
Braunſchw. Anl.	5	101 G
Deſſauer Präm.-A.	3 1/2	95 7/8 G
Lübecker do.	3 1/2	47 5/8 B
Sächsische Anl.	5	106 1/4 G

Bank- und Kredit-Aktien und Antheilscheine.

Anhalt. Landes-Bk.	4	89 1/4 B
Berl. Kaſſ.-Verein	4	158 1/2 B
Berl. Handels.-Geſ.	4	119 5/8 etw bz
Braunſchw. Bank	4	106 5/8 bz
Bremer Bank	4	111 G
Coburg. Kredit-Bk.	4	73 5/8 G
Danziger Priv.-Bk.	4	108 1/4 B
Darmstädter Kred.	4	96 1/2 bz G
do. Zettel-Bank.	4	96 3/4 B
Deſſauer Kredit-Bk.	0	2 1/2 B
Disk.-Kommand.	4	117 1/2 bz G
Genfer Kredit-Bk.	4	20 3/4 G
Geraer Bank	4	95 G
Gwrbk. H. Schuster	4	101 B
Gothaer Priv.-Bk.	4	90 G
Hannoversche Bank	4	81 1/2 etw bz
Königsb. Priv.-Bk.	4	111 G
Leipziger Kred.-Bk.	4	105 3/4 B
Luxemburger Bank.	4	98 1/4 B
Magdeb. Privatb.	4	94 B
Meininger Kreditb.	4	99 1/8 bz G
Moldau Land.-Bk.	4	20 G vll 62 1/2 B
Norddeutsche Bank	4	123 3/4 G
Oestr. Kreditbank	5	93 1/2 - 94 bz ult. 93 3/8 [-94 bz
Pomm. Ritterbank	4	87 G
Posener Prov.-Bk.	4 1/2	100 1/2 G
Preuß. Bank-Anth.	4 1/2	154 1/2 bz
Rostocker Bank	4	114 B
Sächsische Bank	4	114 3/4 B
Schleſ. Bankverein	4	116 1/2 G
Thüringer Bank	4	73 1/2 B
Vereinsbank Hamb.	4	111 1/2 etw bz
Weimar. Bank	4	89 1/2 B
Prß. Hypoth.-Verſ.	4	107 1/2 G
Erste Prß. Hyp.-G.	4	87 G
do. do. (Henkel).	4	— —

Prioritäts-Obligationen.

Aachen-Düsseldorf	4	83 1/2 G
do. II. Em.	4	83 bz G
do. III. Em.	4 1/2	90 3/4 B
Aachen-Mastricht	4 1/2	76 etw bz
do. II. Em.	5	81 3/4 B
do. III. Em.	5	81 G
Bergisch-Märkische	4 1/2	97 1/4 G
do. II. Ser. (conv.)	4 1/2	93 3/4 G
III. Ser. 3 1/2 v St. g.	3 1/2	77 3/4 bz
do. Lit. B.	3 1/2	77 3/4 bz
do. IV. Ser.	4 1/2	92 1/2 B
do. V. Ser.	4 1/2	90 1/4 G
do. VI. Ser.	4 1/2	87 3/4 B
do. Düſſel.-Elberf.	4	84 G
do. II. Em.	4 1/2	90 1/2 G
do. (Dortm.-Soest)	4	84 B
do. II. Ser.	4 1/2	90 1/4 G
do. (Nordbahn)	5	99 5/8 bz
Berlin-Anhalt	4	91 1/4 G
do.	4 1/2	96 7/8 B
do. Lit. B.	4 1/2	95 B
Berlin-Görlitzer	5	100 3/4 etw bz G
Berlin-Hamburg	4	91 G
do. II. Em.	4	90 1/4 G
Berl.-Potsd.-Mgd. Lit. A. u. B.	4	87 3/4 bz
do. Lit. C.	4	85 bz
Berlin-Stettin	4 1/2	— —
do. II. Em.	4	83 1/4 G
do. III. Em.	4	83 1/8 bz G
B.S. IV. S. v. St. g.	4 1/2	94 1/4 G
do. VI. Ser. do.	4	83 B
Bresl.-Schw.-Fr.	4 1/2	— —
Cöln-Crefeld	4 1/2	— —
Cöln-Mind. I. Em.	4 1/2	97 G
do. II. Em.	5	102 1/4 G
do.	4	— —
do. III. Em.	4	83 1/2 G
do.	4 1/2	93 1/8 G
do. IV. Em.	4	82 3/4 bz
do. V. Em.	4	82 5/8 B
Coſel-Oderb. (Wilh)	4	82 1/2 bz B
do. III. Em.	4 1/2	— —
do. IV. Em.	4 1/2	— —
Galiz. Carl-Ludwb.	5	83 G
Lemberg-Czernowitz	5	67 1/2 G n. 72 1/4 bz
Magdeb.-Halberst.	4 1/2	96 1/8 G
do. do. 1865	4 1/2	95 B
do. Wittenb.	3	69 bz
do. Wittenb.	4 1/2	94 1/2 G
Niederſchleſ.-Märk.	4	87 1/2 bz
do. II. S. a 62 1/2 tlr.	4	84 3/4 bz
do. c. I. u. II. Ser.	4	87 1/2 G
do. conv. III. Ser.	4	83 3/4 B
do. IV. Ser.	4 1/2	94 1/4 bz
Niederſchl. Zweigb.	5	99 G
Oberſchleſ. Lit. A.	4	86 G
do. Lit. B.	3 1/2	78 G
do. Lit. C.	4	84 1/2 G
do. Lit. D.	4	84 1/2 G
do. Lit. E.	3 1/2	77 1/4 G
do. Lit. F.	4 1/2	92 3/4 B
do. Lit. G.	4 1/2	91 B
Oestr.-Franzöſ. St.	3	265 bz n. 261 1/2
Oestr. ſüdl. St. (Lb.)	3	217 1/2 - 218 bz [b G
do. Lomb. Bons	6	96 7/8 G
do. do. fällig 1875	6	94 1/2 etw bz
do. do. fällig 1876	6	93 bz B
do. do. fäll. 1877/8	6	92 bz B
Ostpreuß. Südbahn	5	93 1/2 B
Rhein. Pr.-Obligat.	4	84 3/4 B
do. v. Staat garant.	3 1/2	79 1/2 bz
do. III. v. 1858 u. 60	4 1/2	91 B
do. 1862 u. 1864	4 1/2	91 B 65r —
do. v. Staat garant.	4 1/2	98 1/4 bz B
Rhein-Nahe v. S. g.	4 1/2	92 3/4 etw - 7/8 bz B
do. II. Em.	4 1/2	92 3/4 etw - 3/4 bz B
Ruhrort-Crefeld	4 1/2	— —
do. II. Ser.	4	—
do. III. Ser.	4 1/2	89 1/2 G
Ruſſ. Jelez-Woron. v. St. gar.	5	79 1/2 G
do. Kozl.-Wor. do.	5	80 3/4 bz
do. Kursk-Kiew do.	5	80 Post bz G
do. Mosko-Rjäſ. do.	5	87 1/2 B
do. Rjäſan-Kozl. do.	5	82 1/4 G
do. Schuja-Jvan.	5	78 3/8 bz
do. Warſch-Tereſp. v. St. gar.	5	76 1/2 bz kl 78 B
Schleswig	4 1/2	90 1/2 G
Stargard-Posen	4	— —
do. II. Em.	4 1/2	91 1/2 G
do. III. Em.	4 1/2	91 1/2 G
Thüringer I. Ser.	4	87 1/2 G
do. II. Ser.	4 1/2	95 3/4 G
do. III. Ser.	4	87 1/2 B
do. IV. Ser.	4 1/2	95 1/2 G

Eisenbahn-Aktien.

Aachen-Mastricht	4	32 1/2 etw bz
Alſenzbahn v. St. g.	4	84 1/4 G
Altona-Kieler	4	114 1/2 B
Amſterdm-Rotterd.	4	101 1/4 B
Bergisch-Märkische	4	132 1/2 bz
Berlin-Anhalt	4	198 bz
Berlin-Görlitz	4	70 1/4 bz
do. Stammprior.	5	94 B
Berlin-Hamburg	4	169 G
Berl.-Potsd.-Magd.	4	190 bz
Berlin-Stettin	4	131 1/2 G
Böhm. Westbahn	5	68 B
Bresl.-Schw.-Frb.	4	116 1/2 bz B
Brieg-Neiße	4	95 3/4 bz G
Cöln-Minden	4	125 bz
Coſel-Odb. (Wilh.)	4	114 1/2 bz
do. Stammprior.	4 1/2	110 3/4 - 111 bz B
do. do.	5	110 3/4 - 111 bz B
Galiz. Carl-Ludwig	5	92 1/2 bz ult. —
Löbau-Zittau	4	50 1/4 bz
Ludwigshaf.-Bexb.	4	158 3/4 B
Märkiſch-Posen	4	67 bz
do. Prior.-St.	5	87 3/4 bz
Magdeb.-Halberſt.	4	161 B
do. Stamm-Pr. B.	3 1/2	72 1/4 bz [B
Magdeb.-Leipzig	4	219 1/2 B n. 202 1/2
do. do. Lit. B.	4	93 1/8 bz
Mainz-Ludwigsh.	4	135 bz
Mecklenburger	4	80 - 78 1/2 - 80 bz
Münſter-Hammer	4	90 B
Niederſchl.-Märk.	4	88 1/4 bz
Niederſchl. Zweigb.	4	81 1/4 - 3/4 bz
Nordb. Frd.-Wilh.	5	
Nordh.-Erf. gar.	4	77 1/2 etw bz B
do. St.-Pr.	5	93 B
Oberheſſ. v. St. gar.	3 1/2	72 1/2 G [bz
Oberſchl. Lit. A. u. C.	3 1/2	180 1/4 - 181 1/2 bz [46 1/2
do. Lit. B.	3 1/2	165 bz [146 1/4 - 45 5/8
Oeſt.-Frnz.-Staats.	5	146 - 45 5/8 - 46 1/2 b ult
Oeſt. Südb. (Lomb.)	5	110 1/2 bz ult. 110 3/8
Oppeln-Tarnowitz	5	80 1/2 B [10 - 1/2 - 3/8 bz
Ostpr. Südbahn	4	— —
do. St.-Prior.	5	73 1/2 bz
Rechte Oder-Uferb.	5	81 bz
do. do. St.-Pr.	5	92 1/4 bz
Rheinische	4	117 bz
do. Lit. B. v. St. g.	4	82 bz
do. Stamm-Pr.	4	— —
Rhein-Nahebahn	4	28 5/8 bz
Ruſſ. Eiſenb. v. St. g.	5	84 1/4 B
Stargard-Posen	4 1/2	93 3/4 G
Thüringer	4	139 1/2 B
do. 40%	5	123 1/4 B
do. B. gar.	4	82 B
Warſchau-Tereſpol	5	— —
do. Wiener	5	59 bz B
do. Bromb.	4	55 bz

Gold, Silber und Papiergeld.

Friedrichsd'or	—	113 7/8 bz
Gold-Kronen	—	9. 10 3/4 G
Louisd'or	—	111 7/8 bz
Sovereigns	—	6. 24 1/2 bz
Napoleonsd'or	—	5. 12 7/8 bz
Imp. p. Zpfd.	—	466 bz
Dollars	—	1. 12 1/8 bz
Silber pr. Zpfd.	—	29 23 1/2 G
K. Sächſ. Kaſſ.-A.	—	99 7/8 bz
Fremde Noten	—	99 1/2 bz
do. (einl. in Leipz.)	—	99 5/8 bz
Oestr. Banknoten	—	89 3/8 bz
Poln. Bankbillets	—	— —
Ruſſiſche do.	—	83 1/8 bz

Industrie-Aktien.

Continent.-(Deſſau)	—	160 B
Berl. Eiſ.-Bedarf	—	144 G
Hörder Hütten-Ver.	—	110 B
Minerva	—	36 3/4 B
Concordia in Köln	—	410 G
Berl. Immob.-Geſ.	—	70 G

Wechsel-Kurse vom 2. Septbr.

Bankdiscont	4	
Amſtrd. 250 fl. 10 T.	2 1/2	143 1/8 bz
do. 2 M.	2 1/2	142 3/4 bz
Hamb. 300 Mk. 8 T.	2 1/2	151 bz
do. 2 M.	2 1/2	150 5/8 bz
London 1 Lſtr. 3 M	2	6 24 5/8 bz
Paris 300 Fr. 2 M.	2 1/2	81 1/6 bz
Wien 150 fl. 8 T.	4	89 3/8 bz
do. do. 2 M.	4	88 3/4 bz
Augsb. 100 fl. 2 M.	4	56 26 G
Frankf. 100 fl. 2 M.	3	56 28 G
Leipzig 100 Tlr. 8 T.	4	99 5/6 G
do. do. 2 M.	4	99 5/12 G
Petersb. 100 R. 3 W.	6 1/2	92 1/4 bz
do. do. 3 M.	6 1/2	91 3/8 bz
Brem. 100 Tlr. 8 T.	2 1/2	111 1/8 bz
Warſchau 90 R. 8 T.	6	83 bz

Die Börse verkehrte heut in festerer Haltung; die gestern herabgesetzten Kurse hatten Kauflust hervorgerufen, wenn gleich nicht so dringende, daß dadurch der gestrige Verlust ganz wieder eingeholt worden wäre. Das Geschäft im Allgemeinen war ziemlich lebhaft, auf spekulativem Gebiete wurden besonders Franzosen und Lombarden viel gehandelt; auch östreichische Kreditaktien waren belebt. Eisenbahnen waren recht fest, vielfach auch 1/2 bis pCt. höher. Köln-Mindener, Rheinische, Niederschlesische Zweigbahn und Kosel-Oderberger waren belebt. Preußische Fonds blieben schwach behauptet, deutsche fest und still. Oestreichische theilweis etwas höher; von Russen waren Boden-Kredit und beide Prämienanleihen höher und steigend. Amerikaner fest. Inländische Prioritäten waren etwas matter, Russische belebt, Kursk-Kiew und Charkow wurden in Posten gehandelt.

Breslau, 2 September. Bei etwas festerer Stimmung, jedoch nur mäßigem Verkehr erfuhren heute namentlich Eisenbahnaktien und unter diesen Oberschlesische, eine erhöhte Beachtung, ohne daß jedoch deren Kurse erheblich über die Berliner Notirungen hinausgegangen wären.
Schlußkurse. Oestreich. Loose 1860 —. do. 1864 —. Bayrische Anleihe —. Minerva 37 B. Schles. Bank 117 B. Oestr. Kredit-Bankaktien 93 5/8 G. Oberschlesische Prioritäten 77 3/4 B. do. do. 85 1/8 B. do. Lit. F. 92 5/8 B. do. Lit. G. 90 7/8 B. Rechte Oder-Ufer-Bahn St.-Pr. 92 1/4 B. Märkisch-Posener —. Neisse-Brieger —. Breslau-Schweidnitz-Freiburger 116 3/4 bz u B. Friedrich-Wilhelm-Nordbahn —. Oberschlesische Lit. A. u. C. 180 1/2 G. do. Lit. B —. Oppeln-Tarnowitz 81 B. Rechte Oder-Ufer-Bahn 81 3/8 bz u B. Kosel-Oderberg 114 bz u B. Amerikaner 76 B. Italienische Anleihe 52 1/4 B.

Telegraphische Korrespondenz für Fonds-Kurse.

Frankfurt a. M., 2. September, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Günstig. Nach Schluß der Börse flau bei wenig veränderten Kursen.
Schlußkurse. Preußische Kassenscheine 105 1/8. Berliner Wechsel 104 3/4. Hamburger Wechsel 88 1/8. Londoner Wechsel 119 7/8. Pariser Wechsel 94 1/8. Wiener Wechsel 103 3/4. 5% östr. Anleihe von 1859 62 5/8. Oestr. National-Anlehen 53 1/2. 5% Metalliques —. Oestr. 5% steuerfr. Anleihe 51 5/8. 4 1/2 % Metalliques 44 5/8. Finnländ. Anleihe —. Neue Finnländ. 4 1/2 % Pfandbriefe —. 6% Verein. St.-Anl. pro 1882 75 1/4. Oestreich. Bankantheile 756 B. Oestr. Kreditaktien 218. Darmstädter Bankaktien 242 1/2. Alsenzbahn 84 3/8. Oberhessische —. Lombarden 193 1/2. Rheinische Eisenbahn —. Rhein-Nahebahn 31 1/4. Meininger Kreditaktien 99. Oestreich.-franz. Staatsbahnaktien 255 1/2. Oestr. Elisabethbahn 139 B. Böhm. Westbahn —. Ludwigshafen-Bexbach —. Hessische Ludwigsbahn 134 7/8. Darmst. Zettelbank —. Kurhessische Loose 55 1/4. Bayerische Prämienanl. 102 7/8 B. Neue Badische Prämienanl. 100 3/4 B. Badische Loose —. 1854er Loose 66 3/8 1860er Loose 74. 1864er Loose 98 3/4. Russ. Bodenkredit 83 1/4 B. Türken 38 1/4.

Frankfurt a. M., 2. September, Abends Effekten-Societät. Amerikaner pr. medio 75 1/8, Kreditaktien 218 1/2, steuerfreie Anleihe 51 7/8, 1860er Loose 74 1/8, Lombarden 192 7/8, Staatsbahn 256 1/4. Leblos.

Hamburg, 2. September, Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. Ziemlich fest, Valuten fest.
Schlußkurse. Hamburger Staats-Prämienanleihe 88 1/2. Nationalanleihe 54 3/4. Oestreichische Kreditaktien 93. Oestreich. 1860er Loose 73 3/4. Staatsbahn 540. Lombarden 407 1/2. Italienische Rente 51 3/4. Vereinsbank 112. Norddeutsche Bank 125. Rheinische Bahn 116. Nordbahn —. Altona-Kiel —. Finnl. Anleihe 78 3/4. 1864er russ. Prämienanleihe 109. 1866er russ. Prämienanleihe 108 1/4. 6% Verein. St.-Anl. pr. 1862 68 3/4. Disconto 2 %.

Wien, 2. September. [Schlußkurse der offiziellen Börse.] Etwas fester.
Neues 5% steuerfr. Anlehen 58, 90. 5% Metalliques 57, 90. 1854er Loose 77, 75. Bankaktien 725, 00. Nordbahn 185, 00. National-Anlehen 62, 15. Kreditaktien 210, 50. St.-Eisenbahn-Aktien-Cert. 246, 20. Galizier 207, 75. Czernowitzer 187, 50. London 114, 80. Hamburg 84, 20. Paris 45, 35. Frankfurt 95, 40 Amsterdam 95, 75. Böhm. Westbahn 150, 00. Kreditloose 136, 00. 1860er Loose 83, 50 Lombard. Eisenbah 185, 10. 1864er Loose 94, 40. Silber-Anleihe 68, 00. Anglo-Austrian-Bank 163 75 Napoleonsd'or 9, 14 1/2 Dukaten 5, 43. Silberkupons 113, 00

Wien, 2. September, Abends. [Abendbörse.] Matt. Kreditaktien 210, 80, Staatsbahn 246, 30, 1860er Loose 83, 80, 1864er Loose 94, 50, Galizier 207, 75, Lombarden 185, 40, Napoleonsd'or 9, 14 1/2.

London, 2. September, Nachmittags 4 Uhr.
Konsols 93 15/16. 1% Spanier 34 3/8. Ital. 5% Rente 52 1/16 Lombarden 16 1/2. Mexikaner 15 5/16. 5% Russen de 1822 88 1/4 excl div. 5% Russen de 1862 88. Silber 60 3/16. Türkische Anleihe de 1865 38 7/8. 8% rumänische Anleihe 80. 6% Verein. St. pr 1882 71 11/16.

London, 2. September, Morgens.
Aus Newyork vom 1. Septbr., Abends 6 Uhr, wird pr. atlantisches Kabel gemeldet: Wechselkurs auf London in Gold 109 1/8, Goldagio 44 7/8, Bonds von 1882 114 3/8, Baumwolle 30 1/2 fest, Mehl 8, 50, Raff. Petroleum 30 1/2.

Paris, 2. September, Mittags 12 Uhr 40 Minuten. 3% Rente 70, 77 1/2, Italienische Rente 52, 40, Lombarden 415, 00, Staatsbahn 541, 25. Matt und unbelebt.

Paris, 2. September, Nachmittags 3 Uhr. Ziemlich fest, aber unbelebt. Per Liquidation wurden gehandelt: Italien. Rente 52, 55, Kredit mobilier 285, 00, Lombarden 415, 00, Staatsbahn 545, 00. Der Verkauf der Liquidation ging leicht von Statten. Konsols von Mittags 1 Uhr waren 94 gemeldet.
Schlußkurse. 3% Rente 70, 77 1/2-70, 75-70, 85. Italienische 5% Rente 52, 50. Oestreich. Staats-Eisenbahnaktien 545, 00. do. ältere Prioritäten —, —. do. neuere Prioritäten —, —. Kredit-Mobilier-Aktien 285, 00. Lomb. Eisenbahnaktien 413, 75. do. Prioritäten 218, 00. 6% Ver. St. pr. 1882 (ungestempelt) 81 3/8.

Amsterdam, 1. September, Nachmittags 4 Uhr 15 Minuten.
5% Metalliques Lit. B. 61 1/8 5% Metalliques 48. 2 1/2 % Metalliques 23 7/8. Oestr. National-Anleihe 51 1/2. Oestreich. 1860er Loose 442. Oestr. 1864er Loose 98. Silberanl. 56 3/8. 5% östr. steuerfreie Anl. 48 1/4. Russisch-engl. Anl. von 1862 —. Russisch-engl. Anl. von 1866 —. 5% Russen V. Stieglitz 65 3/4. 5% Russen VI. Stieglitz 74. 5% Russen de 1864 88 3/4. Russ. Prämien-Anleihe von 1864 216 1/2. Russ. Prämien-Anl. von 1866 219. Russische Eisenbahn 198 1/2. 6% Ver. St. pro 1882 75.

Rotterdam, 2. September, Nachmittags 1 Uhr 30 Minuten. Matt.
Holl. wirkl. 2 1/2 % Schuld-Obl. 57. Oestreich. National-Anleihe 51 1/2. Oestr. 5% Metalliques 48. Oestr. Silberanleihe 1864 56 3/4. Russ. Eisenbahn 198, 00. Russische Prämien-Anleihe 216, 50. 1882er Verein. Staaten Anl. 75. Inländ. 3% Spanier 31 3/4. London 3 Monat 11, 89 1/2. Paris 3 Monat 47, 15.

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. M. M. Jochmus in Posen. — Druck und Verlag von W. Decker & Comp. in Posen.